

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Abteilung u. Verteilung: Drag II, Neřádkova 15 • Telefon: 26795, 31460, Nachdruck: (43 21 117) • 33555 • Postamt: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 29. April 1932

Nr. 102.

Unfallsrenten für Berufskrankheiten.

Eine wichtige sozialpolitische Vorlage des Fürsorgeministeriums

Prag, 28. April. Im Senat wurde heute eine vom Fürsorgeministerium ausgearbeitete Vorlage über die Entschädigung von Berufskrankheiten vorgelegt, die eine bisher schmerzhaft empfundene Lücke in unserer Sozialgesetzgebung schließen soll. Entsprechend den Empfehlungen der Internationalen Konvention vom Jahre 1925 soll nunmehr eine Reihe von Berufskrankheiten, die namentlich angeführt sind, den Berufsunfällen gleichgestellt und wie diese von der Unfallversicherung entschädigt werden. Die Vorlage, deren sozialpolitische Bedeutung wir noch an anderer Stelle würdigen werden, bestimmt im wesentlichen:

Die Bestimmungen des Gesetzes vom 28. Dezember 1897 über die Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle (sowie die einschlägigen Bestimmungen der ungarischen Gesetze), soweit sie die Unfallversicherung regeln sowie die Bestimmungen jener Rechtsvorschriften, die diese Gesetze ergänzen oder abändern, werden, soweit es das vorliegende Gesetz nicht anders bestimmt, analog auch auf Berufskrankheiten angewendet.

Als „Berufskrankheiten“ gelten die in einer eigenen Beilage angeführten Krankheiten, soweit sie durch die Ausübung der Beschäftigung in einem unfallversicherten Unternehmen jener Art herbeigeführt wurden, wie sie in dieser Beilage neben der betreffenden Krankheit angeführt sind. Wo bei der Unfallversicherung von einer körperlichen Verletzung gesprochen wird, ist darunter bei Berufskrankheiten die Erkrankung zu verstehen, als Tod infolge eines Unfalls gilt analog Tod infolge der betreffenden Krankheit. Als Zeitpunkt des Unfalls gilt der Beginn der Krankheit nach den Gesetzen über die Krankenversicherung beziehungsweise der Beginn der Erwerbsunfähigkeit nach den Gesetzen über die Unfallversicherung, falls dies für den Versicherten günstiger ist oder es sich um Personen handelt, die gegen Krankheit nicht versichert sind.

Aufzählung der Berufskrankheiten.

An der Beilage werden 24 Berufskrankheiten namentlich angeführt. Es sind dies vor allem:

- Bergiftungen durch Blei, Phosphor, Quecksilber, Arsen, Mangan, Benzol u. a., durch Schwefelkohlenstoff und Schwefelkohlenstoff, Kampfgas, Kohlenoxyd, Cyanverbindungen, ferner Erkrankungen, die durch die dauernde Einwirkung von Röntgen- oder Radiumstrahlen und Emanationen entstanden sind;
- schwere, schwer heilende Ekzeme (Acro), die durch Nix, Paraffin, Teer, Kreosot, Anthrazen oder Pech und ähnliche Stoffe verursacht sind, sowie die Folgeschleimungen solcher Ekzeme;
- der durch Radiumstrahlen und Emanationen verursachte Lungenkrebs in den Manufakturwerken und in den Fabriken für Uranfarben, Radium und Radiumpräparate (zum Beispiel Joachimstal);
- Anthraz in Betrieben, in denen Tiere gehalten oder geschlachtet, oder Kadaver und Abfälle von Tieren verarbeitet werden, bei denen Risikobrand aufgetreten ist; und in Betrieben, in denen Wolle, Felle, Häute, Haare oder Borsten verarbeitet oder mit ihnen gehandelt wird;
- Infektionskrankheiten in Krankenhäusern,
- die Rogkrankheit,
- Erkrankungen von Knochen, Knochen und Gelenken bei Arbeitern, die mit pneumatischen Bohrern, Hämmern u. dgl. arbeiten,
- die Wurmkrankheit bei Bergarbeitern,
- Erkrankungen der Atmungsorgane infolge der schädlichen Wirkungen von Thomsmehl,
- schwere Fälle der Verkaubung der Lunge durch Atelekt- oder Eisenstaub in Sandgruben, Porzellanfabriken, Metallschleifereien und Struben, wo gewöhnlich in hartem Atelektgestein gearbeitet wird, Taubheit oder Schwerhörigkeit, die durch Lärm oder Erschütterungen in metallverarbeitenden Betrieben entstanden sind,
- endlich der graue Star in Glasbläsern, Glaserwerkern und Schmelzhütten, und das Katakoma in seinen schweren und komplizierten Formen (in Struben).

Das Verzeichnis kann durch Regierungsverordnung ergänzt und geändert werden.

Bei Berufskrankheiten besteht der Schadenersatz in der Rente, die dem Erkrankten mit dem Beginn der 27. Woche nach dem Beginn der Krankheit bzw. dem Eintritt der Erwerbsunfähigkeit zu gewährt ist.

Weitere Bestimmungen regeln die Anzeigepflicht für Berufskrankheiten, die dem Träger der Krankenversicherung auferlegt wird; eine Regierungsverordnung kann diese Pflicht auch jedem Arzt auferlegen, der eine solche Krankheit festgestellt hat.

Uebergangsrenten.

Wenn die Befürchtung vorliegt, daß sich die Berufskrankheit wiederholen oder verschlimmern

könnte, falls die betreffende Person weiter in dem Betrieb beschäftigt bleibt, kann ihr vom Träger der Unfallversicherung eine angemessene zeitweise Rente (bis zur Höhe der halben normalen Rente) ausbezahlt werden, wenn die Person die Beschäftigung in dem Betrieb aufgibt. Diese Rente beinträchtigt nicht die Ansprüche auf eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit.

Falls die Entschädigung für eine Berufskrankheit nicht von amtswegen bemessen wurde, kann die betroffene Person ihren Anspruch binnen Jahresfrist von der Konstatierung der Berufskrankheit durch einen Arzt anmelden, spätestens aber zwei Jahre nach dem Austritt aus dem betreffenden Unternehmen.

Rückwirkung in berüchtigungswürdigen Fällen.

Das Gesetz tritt mit 1. Juli d. J. in Kraft. In berüchtigungswürdigen Fällen können auch Berufskrankheiten, die spätestens mit 1. Jänner 1929 auftraten, nach den Bestimmungen dieses Gesetzes entschädigt werden.

Gleichzeitig hat die Regierung im Parlament auch das Internationale Abkommen über die Berufskrankheiten vom Jahre 1925, auf das sich die oben besprochene Vorlage stützt, zur Ratifizierung vorgelegt.

Das neue Preßgesetz vorgelegt.

Prag, 28. April. Die Regierung hat heute im Abgeordnetenhaus das neue Preßgesetz vorgelegt, das zusammen mit der bereits in den Ausschüssen befindlichen Vorlage über den Schutz der Ehre und dem noch im interministeriellen Stadium stehenden Gesetzentwurf über die Dienstverhältnisse der Redakteure das Pressegesetz einheitlich regeln soll. Die Vorlage ist bereits leinerzeit im ersten Entwurf veröffentlicht und von uns ausführlich besprochen worden. Im Zuge des interministeriellen Verfahrens haben die Bürokraten im Innenministerium allerdings eine Reihe von Abänderungen durchgesetzt, die sich durchaus nicht immer mit den modernen Intentionen des Justizministers im Einklang befinden. Namentlich die Bestimmungen über die freie Kolportage, die bisher nirgends einen gesetzlichen Rückhalt hatte, sind noch unstritten; ihre Bereinigung wurde der Vereinbarung der Parteien im Zuge der parlamentarischen Verhandlungen überlassen. Zur eingehenderen Verhandlung wird im Parlament jedenfalls erst ein Subkomitee eingesetzt werden.

Unstreitig stellt die Vorlage gegenüber den heute bestehenden Verhältnissen im Pressegesetz einen großen Fortschritt dar, wenn sie auch von dem Ideal eines sozialistischen Pressegesetzes noch weit entfernt ist. In ihr spiegeln sich eben wie in allen Vorlagen der Koalitionsregierung die gegenwärtigen Machtverhältnisse wieder. Wir behalten uns eine eingehendere Würdigung der Vorlage, bzw. eine kritische Darstellung der wünschenswerten Verbesserungen ausdrücklich vor, und geben nachstehend nur eine knappe Uebersicht über den Aufbau der Vorlage:

Die Vorlage umfaßt 94 Paragraphen und gliedert sich in vier Hauptstücke. Der § 1 formuliert den Grundsatz der Pressefreiheit, die nur soweit beschränkt werden darf, als das Gesetz es erlaubt. Ferner werden genaue Definitionen der Grundbegriffe des Pressegesetzes, wie der Begriffe Druckschrift, Zeitschrift, Drucker, Herausgeber und Eigentümer, Zeit der Herausgabe und Verbreitung festgelegt und allgemeine Vorschriften über die Haftung des Druckers, Herausgebers usw. gegeben.

Das zweite Hauptstück befaßt sich mit der eigentlichen Presseordnung. Der erste Teil regelt die Herstellung und Verbreitung von Druckschriften, ihren Verkauf, das Sammeln von Abonnements usw. und gibt die Kolportage von Zeitschriften und nicht periodischen Druckschriften, die ein Ganzes bilden und einen Druckbogen nicht überschreiten, grundsätzlich frei. Das öffentliche Aushängen von Druckschriften kann die Behörde aus Gründen der öffentlichen Ordnung, bezw. der Sicherheit des Staates allerdings verbieten. Der zweite Teil betrifft die pflichtgemäßen Angaben auf Druckschriften, behandelt die Pflichten des verantwortlichen Redak-

tors und führt als Neuerung den verantwortlichen Leiter des Anzeigen- und Pflichtexemplars und die Verpflichtung zur Veröffentlichung amtlicher Kundmachungen sowie die vorläufige Beschlagnahme.

Der dritte Teil befaßt sich mit der Veröffentlichung von Berichtigungen (§ 30) und statuiert die pflichtgemäße Bezeichnung bezahlter Notizen; nähere Bestimmungen hierüber werden der Regierungsverordnung überlassen. Der § 37 befaßt sich mit „Pressebestrafungen“. Die Nichtveröffentlichung bestimmter Nachrichten, bzw. die Veröffentlichung unwahrer Nachrichten gegen irgend ein Einzelne wird mit Gefängnis von drei Tagen bis zu drei Monaten bedroht. Der vierte Teil ist dem Schutz der Jugend gegen ausgeprochene Schundliteratur gewidmet. Die Entscheidung über ein eventuelles Verbot der Verbreitung solcher Druckschriften unter Jugendlichen bleibt einer besonderen Körperschaft beim Schulministerium überlassen; gleichzeitig wird das Verfahren vor diesem Forum geregelt.

Das dritte Hauptstück ist dem Pressestrafrecht gewidmet. Es definiert zunächst den Begriff der durch die Presse verübten Straftat und regelt die Zuständigkeit der Gerichte. Verbrechen und Vergehen sowie die Vernachlässigung der pflichtgemäßen Oborgabe gehören vor einen eigenen Schöffengericht bei den Kreisgerichten, der aus zwei Berufs- und zwei (bisher nur einem) Laienrichter besteht. Dieser Senat ist auch Berufungsinstanz bei Uebertretungen.

Grundlegende Veränderungen bringt der Abschnitt über die administrative Konfiskation. Nach § 58 kann der Staatsanwalt die Beschlagnahme anordnen:

1. bei einer Veröffentlichung, die eine strafbare Handlung im Sinne des Strafgesetzes darstellt;
2. bei Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit;
3. bei Beleidigung des Präsidenten der Republik;
4. bei Verbrechen gegen das Schutzgesetz;
5. bei einem anderen Verbrechen oder Vergehen, das ein Offizialdelikt ist, allerdings nur, wenn das Bedenken begründet ist, daß die Sicherheit des Staates bedroht wäre oder eine erhebliche Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung eintreten würde.

In allen anderen Fällen kann nur das Gericht eine Beschlagnahme aussprechen.

Das letzte Hauptstück bringt verschiedene Uebergangs- und Schlußbestimmungen, u. a. auch die Bestimmung, daß das Gesetz analog auch auf Grammophonplatten angewendet werden kann.

Unfähige Kritiker.

1926 bis 1929. Zeit des Bürgerblocks. In diesem auch die deutschen Christlichsozialen. Einer der ihnen, Dr. Max Harting, Justizminister. Die christlichsozialen und auch die anderen Wähler warteten gespannt darauf, in welche Taten sich nun, da die deutschen Christlichsozialen ebenso „an der Macht“ teilnahmen, wie jetzt die deutschen Sozialdemokraten, sich ihre fromm-christliche Gesinnung umsetzen werde. Man wartete und wartete. Nichts. Und weniger als nichts. Dafür waren die Christlichsozialen in diesen Jahren voll des Verstandnisses dafür, daß eine einzelne Partei in einer Regierungskoalition nicht im Sandum-drehen ihr ganzes Programm zu verwirklichen vermag. So sprachen sie wenigstens zu ihren Wählern, die immer ungeduldiger und verdrossener darüber wurden, daß an sozialen Taten nichts gesetzt wurde, obwohl die Finanzen des Staates damals reichlich gute waren und die Wirtschaft der Tschechoslowakei im Rahmen der ganzen Weltwirtschaft eine glänzende Konjunkturperiode durchlebte. Erbittert war die Bevölkerung, weil sich die deutschen Christlichsozialen damals ausschließlich als Exponenten der Besitzklassen fühlten, nur deren wahrhaft nicht schädliches Los besser zu gestalten sich bemühten, für die Kleinen und die Armen aber nichts übrig hatten. Da unternahm es nun der Herr christlichsoziale Minister, den Unzufriedenen zuzureden. Er reiste von Versammlung zu Versammlung, wobei er sich als Spritzenmeister eifrig betätigte. Er wurde nicht müde, an die Geduld zu appellieren. Geduld und immer wieder Geduld, das hielt er für das wichtigste Requisite vernünftiger Wähler. Man dürfe nicht glauben, daß sich die Dinge übers Knie brechen lassen, alles sei auf dem besten Wege, ja, er sah, was sonst niemand sah: die Erfolge seien schon gekommen und im übrigen sei er schon deshalb zufrieden, daß seine Partei in der Regierung stehe. An der Koalition fand er, da sie eine reaktionäre war, nichts anzufehen, er fand sie als die einzig mögliche und erfolgversprechende Form des Regierens in diesem Staate. Indessen brachte der Bürgerblock Führung auf Führung seiner Leute, die er auf Kosten der breiten Schichten der Bevölkerung machte, in Sicherheit: Gemeindefinanzreform, Steuerreform, Millionen-Steuerpräferenzen an die Kapitalisten, Verwaltungsreform, Verschlechterung der politischen Rechte, Drei-Milliarden-Rüstungsfonds und vieles andere, was den Herrschenden und den Besitzern der großen Geldsäcke erwünscht, angenehm, erfreulich war. Die anderen konnten sich den Mund abwischen und zahlen. Den deutschen Christlichsozialen aber erschien alles im rosigsten Lichte, alles in schönster Ordnung, allem machten sie brav die Mauer und sie hielten ihre Beschäftigung, aus der Haut des Volkes Kiemen zu schneiden, wader bis ins Unendliche fortgesetzt, wenn die edle Gemeinschaft des Bürgerblocks nicht eben verkracht wäre.

1929 — bis auf weiteres . . . Die Beschlagnahme des Bürgerblocks hat der Alleinherrschaft der bürgerlichen Parteien ein Ende gemacht. Damit haben die deutschen Christlichsozialen das Maß über die Einschätzung von Erfolgen gewechselt. Völlig die gute Laune verdorben hat ihnen der Dinausjähmich aus der Koalition, so ihnen zuteil wurde. Früher liebten sie es, das Schlechte, das Niederträchtige schön und strahlend erscheinen zu lassen, jetzt schwärzten sie mit derselben Vorliebe auch das mancherlei Gute, das zum Unterschiede von der früheren Regierungsmehrheit von der gegenwärtigen unter dem unablässigen Druck der sozialistischen Parteien trotz widrigster Zeitumstände geschaffen wurde. Nun haben sie keine Geduld mehr und ständig rufen sie auch allen anderen zu, mit der Geduld aufzuhören. Was sie versäumt, nein, grundsätzlich und bewußt unterlassen haben, ja, was sie mit Eifer zu verschlechtern sich abgemüht haben, das soll nun alles schnell und noch schneller gut ge-

macht werden. Den Kommunisten suchen sie abzugucken, wie man Erfolge, die übrigens im harten Kampfe den ehemaligen Koalitionsbrüdern der deutschen Christlichsozialen abgerungen werden müssen, verkleinert, diskreditiert, verächtlich macht. Aus allem Klingt die Bezeugung heraus: wenn wir Christlichsozialen in der Regierung wären, wir würden es besser machen! Vielleicht würde man ihnen Glauben schenken, wenn ihre Schandtat, die sie zur Zeit ihrer Regierungsherrschaft gehäuft haben, schon in Vergessenheit geraten wären. Doch dem ist keineswegs so. Dennoch sitzen die Pfaffen in Zivilkleidern und Soutanen, die den Geist für die christlichsoziale Presse liefern, brütend über dem Gedanken, wie man die Sozialdemokraten für alles Unglück in der Welt verantwortlich machen kann. Früher war den Christlichsozialen jeder Sozialdemokrat der leidhaftige Gottseibeiuns, jetzt heucheln sie Enttäuschung darüber, daß der Sozialismus noch nicht verwirklicht ist. So läßt sich ihre „Deutsche Presse“ hören: „Wir stellen eine allgemeine Enttäuschung der Öffentlichkeit über das Versagen des Sozialismus fest“. Auch die Pfaffen sind enttäuscht, weil wir angeblich nicht genug energisch dem Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen suchen. Wirtschaftskrise? Seht, die Sozialisten sind in der Regierung, aber doch gibt es eine solche Schuld des Kapitalismus? Rein, Schuld der Sozialdemokraten. Als die Christlichsozialen mitregierten, waren sie das fünfte Rad am Wagen, doch alles war gut; jetzt ist es ihnen zu wenig, daß die Sozialisten „nur ein kleines Gebiet der Staatsgeschäfte unmittelbar beeinflussen“. Das heißt, eben so viel, als die Wähler ihnen Einfluß gegeben haben. Das aber ist den ehemals so Regierungsfreunden zu wenig — das ganze sozialistische Programm müßte nach ihnen schon verwirklicht sein. Alle die Schandgesetze, die unter der Rameleudenhilfe der Christlichsozialen geschaffen wurden, Gemeindefinanzgesetz, Steuerreform usw., wirken sich jetzt erst recht schädlich aus, tut nichts, schuld sind doch die Sozialisten, die, weil sie nicht wollen, daß die Arbeitslosen völlig verhungern und eine Inflation den Arbeitenden den sauer verdienten Lohn über Nacht schmälert, für neue Staatseinnahmen sorgen müssen. Ohne mit der Wimper zu zucken, haben die Christlichsozialen drei Milliarden auf elf Jahre hinaus für den Rüstungsfonds mitbewilligt, jetzt ist diesen Schleppträgern des Militarismus auch die erzielte Etappe auf dem Wege zur Aufrüstung, die Verfürgung der Militärdienstzeit, zu militärfreudlich und so fort mit pfäffischer Graze.

Freilich, aus der Regierung wurden sie hinausgeholt, was bleibt ihnen also übrig als Opposition zu machen. Um jeden Preis. Aber auch der Verstand sollte nicht fehlen. Damit hapert es jedoch gewaltig.

Genossen! Ihr müßt ausgeht für die Verbreitung unserer Zeitung agitieren. Seht euch überall für unsere Parteipresse ein. In das Heim des Arbeiters gehört die Arbeiterpresse. Darum, Genossen u. Genossinnen, agitiert!

Wenzelchens Freuden und Leiden.

Von Betty Karpisková.

(Die tschechische Genossin Karpisková ist Abgeordnete des tschechoslowakischen Parlamentes. Sie entstammt dem Prager Vorstadtviertel, das sie in einem kürzlich erschienenen Romanbande ausgemalnet zu schildern versteht. Die nachstehende Erzählung ist diesem Bande entnommen. Die autorisierte Uebersetzung besorgte Josef Reisman, Prag.)

Die schmutzigen, ungepflasterten Straßen an der Peripherie der Stadt, immer mit Kot oder mit einer hohen Schicht Staubes bedeckt, dies war das Paradies unseres Wenzelchens...

Und die kleinen, schmierigen Kinder der Peripherie, die hier zwei Drittel ihrer Zeit in Mühseligkeit verbrachten, das waren Wenzelchens Spielkameraden.

Nachfragen, ob jemand unser Wenzelchen kenne, das wäre wahrhaftig eine Beleidigung seiner Popularität gewesen! Alle kannten ihn, und die sich vor ihm nicht eben fürchteten, die liebten ihn alle!

Er war der geborene Gassenbub, dem der Schelm im Nacken saß, aber dafür besaß er ein Herz, ein kleines, weiches, wahrhaftig, aufschichtiges Herz. Als Erstgeborener führte er natürlich die Herrschaft über seine vier jüngeren Geschwister, ja es passierte durchaus nicht selten, daß sich sogar die Mutter mit der Frage an ihn wandte:

„Wenzelchen, was soll ich euch denn kochen, wenn die Speise ganz leer ist, wer wird dem Vater das Mittagessen bringen, und wer wird auf die Kinder aufpassen, wenn ich in die Arbeit gehe?“

Und unser Wenzelchen hatte stets ein paar gute Ratschläge in Vorrat. Seine Samtangen

Vorlage der Dienstzeitverkürzung an den Senat gegen agrarische Widerstände durchgekehrt.

Prag, 28. April. Die gestrigen Koalitionsberatungen über die beiden Spiritusgesetze hatten wohl zu einer Annäherung, aber noch zu keiner völligen Lösung aller strittigen Punkte geführt, so daß der Landwirtschaftsausschuß des Abgeordnetenhauses auch heute vormittag noch nicht die Abstimmung vornehmen konnte, sondern sich neuerdings vertagte und den Beschluß faßte, das Präsidium des Hauses um Fristverlängerung zu ersuchen. Die Agrarier, vor allem der seit jeher als Scharfmacher bekannte Referent Dr. Kadina, zeigten nicht übel Lust, zur Revanche die für heute angelegte zweite Lesung der Vorlage über die Dienstzeitverkürzung hinauszuziehen, um eine Art Kautelpfand für die Sicherung ihrer Spirituswünsche zu haben.

Daraufhin setzten jedoch die beiden sozialdemokratischen Parteien im Senat, der seit vormittag die Umsatzsteuernovelle behandelte, eine Sitzung der Vertreter der koalitierten Parteien durch und erklärten dort die Annahmefähigkeit des bestürzten Finanzministers mit aller Entschiedenheit, daß sie nicht in der Lage seien, für die Umsatzsteuer zu stimmen, falls sie nicht volle Garantie dafür belägen, daß das Parlament die Dienstzeitverkürzung noch heute so zeitgerecht verabschiedet, daß die Vorlage im Senat noch aufgelegt und dem Wehrausschuß zugewiesen werden kann. Das wirkte.

In Verhandlungen zwischen den Vorsitzenden der beiden Häuser verstand sich Malypetr schließlich dazu, die Tagesordnung der Plenarsitzung am Nachmittag umzustellen und die zweite Lesung der Dienstzeitverkürzung sofort nach Beginn der Sitzung vorzunehmen. Dies geschah dann auch ohne weitere Komplikationen, so daß auch noch die Zuweisung im Senat erfolgen konnte.

Die Spiritusüberhandlungen werden inzwischen weitergeführt; der Biersecherauschuß der Koalition tritt nächsten Dienstag zur endgültigen Vereinigung der Differenzen erneut zusammen.

Der Staatshaushalt im ersten Krisenjahr.

Debatte über den Staatrechnungsabschluss für 1930.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich nach diesem Zwischenspiel mit dem Staatrechnungsabschluss für 1930, dessen Ziffern ja bereits im Herbst zugleich mit dem neuen Budget veröffentlicht worden sind.

Der tschechische Genosse Kemes hielt ein sehr instruktives Referat, aus dem wiederholt sei, daß der Abgang im ordentlichen Budget 236 Millionen, im außerordentlichen 440 Millionen beträgt, so daß sich die Kassabarikade der Staatskasse um 676 Millionen verminderte. Gegenüber dem Vorjahr ist die Finanzgebahrung um 1438 Millionen ungenüßiger. Die Einnahmen gingen gegenüber dem Vorjahr um 775 Millionen zurück. Ueberschreitungen erfolgten beim Ministerpräsidenten und den Ministerien für Neuzug (64 Mill.), Verteidigung (113 Mill.), soziale Fürsorge (168 Mill.); die Ueberschreitungen im allgemeinen Kassenbericht (478 Mill.) sind zumeist rein buchmäßig. Andererseits betragen die Ersparnisse 333 Mill. Der Referent demängelt, daß das Finanzministerium über die resultierende Budgetüberschreitung von 29 Millionen keinen Nachtragskredit vorgelegt habe.

Er bespricht dann die Entwicklung der einzelnen Steuern und erklärt es für ein Unrecht, daß die Selbstverwaltung an den Verzugsszinsen nicht partizipiere, obwohl etwa fünf Sechstel des unter diesem Titel eingenommenen Betrages von 141 Millionen auf die schuldigen Zuschläge entfallen. Ein Teil der Steuerzahler benützt die schuldigen Steuern als billigen Kredit, denn dem Staat muß er nur 7 Prozent Zinsen bezahlen, der Bank jedoch 9 bis 12.

Die Steuerrückstände, die zusammen mit den noch nicht vorgeschriebenen Steuern etwa sieben Milliarden ausmachen, erweisen sich bei näherem Zusehen als Fallasch, den die Selbstverwaltung Jahr für Jahr mitschleppen muß; sie vermindern sich nur um die inzwischen erfolgten Abschreibungen. Die Finanzverwaltung sieht nun vor dem schweren Problem, wie sie sich davon befreien solle. Es ist dies zugleich ein Beweis für die verheerende Personalpolitik des Finanzministeriums: um ein paar Tausend Millionen an Beamtengehältern zu ersparen, mußte der Staat und die Selbstverwaltung Milliarden an Steuern und Zuschlägen verlieren! Auch heute wären noch gut 50 Prozent dieser Rückstände einzutreiben, wenn sich hier nicht überall politische Einflüsse geltend machen würden.

In der Debatte erhebt Dr. Lufschla die üblichen Vorwürfe gegen Regierung und Regierungsparteien, die die Weltwirtschaftskrise nicht zu meistern verstehen, während Krebs sich mit dem Intervento Kafarsky in der „Neuen Freien Presse“ befaßt, das Programm der Nazis, der „größten Partei Europas“, entwickelt und dabei das Rassenprinzip (armer „Ahrer“ Jung!) auf das entschiedenste verweist.

Genosse Dr. Raczek (tschech. Sozialdem.) befaßt sich mit den Ertragssteuern der Vermögenseinksteuer. Die bis Ende 1931 eingezahlten Beträge, fast sechs Milliarden, liegen brach auf einem besonderen Konto der Staatskasse bei der Nationalbank. Der Ertrag wird bisher zur Abzahlung der sogenannten Banknotenschuld verwendet; man sollte diesen Betrag aber lieber vernünftiger verwenden. Selbst 1930 habe der Staat auf diese zinslose Schuld 33 Millionen abgezahlt, sich aber andererseits Gelder zu sieben Prozent ausgedorgt. Das sei unbegreiflich. Durch die Vermögensschöpfung wurden der Volkswirtschaft Gelder entzogen, die sonst für langfristige Investitionen zur Verfügung gestanden hätten. Rechner tritt dann für die Verbilligung des Zinsfußes ein und greift die Zinspolitik des Bankentartells heftig an.

Die Debatte geht in der nächsten Sitzung am Dienstag, den 3. Mai, weiter. Auf die Tagesordnung wurden auch schon alle restlichen Vorlagen gelegt, wie die beiden Spiritusgesetze, das Verbot der Errichtung neuer Rüstungsfabriken, die Elektrifizierungsnovelle und das Unteroffiziersgesetz, die ja bis auf die beiden letzten Vorlagen noch nicht einmal in den Ausschüssen fertiggestellt sind.

Umsatzsteuer auch vom Senat verabschiedet.

Im Senat wurde in siebenstündiger Sitzung die Umsatzsteuernovelle durchberaten und dann in beiden Lesungen unverändert angenommen. Der Referent Drejsó führte aus, daß es sicher nicht angenehm sei, heute ein Gesetz zur Annahme empfehlen zu müssen, das den Steuerträgern neue Lasten bringe, aber in der heutigen prekären Situation seien neue Steuern ein kleineres Übel als eine eventuelle Zerrüttung der Staatsfinanzen.

In der Debatte marschierten massenhaft Gewerbetreibender und andere Oppositionelle auf, während von Koalitionsschleichen nur je ein Nationaldemokrat, Nationalsozialist und Agrarier sprach. Während der Rede Mikulicels machte ein plötzliches Unterdrehen des Senats Polach eine kurze Unterbrechung der Sitzung notwendig. Genosse Polach erholte sich jedoch bald.

In der kommenden Woche werden zunächst die Ausschüsse arbeiten. Die nächste Plenarsitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die österreichischen Sozialdemokraten für Neuwahlen im Herbst.

Wien, 28. April. Die Sozialdemokraten haben heute gegen Schluß der heutigen Plenarsitzung des Nationalrates durch Dr. Bauer einen Antrag eingebracht, durch den die Regierung aufgefordert wird, dem Parlamente ehestens einen Gesetzentwurf auf Auflösung des Nationalrates und Ausschreibung von Neuwahlen vorzulegen. Die Sozialdemokraten werden für die sofortige Auflösung des Nationalrates mit der Maßgabe stimmen, daß die Neuwahlen erst für den Herbst ausgeschrieben werden, damit die Regierung die begonnenen außenpolitischen Verhandlungen und ihre handelspolitischen sowie wirtschaftlichen Maßnahmen fortsetzen könne. Der Antrag Dr. Bauers wurde ebenso wie die analogen Anträge der Großdeutschen und Heimwehren dem Verfassungsausschuß zugewiesen.

Freies Vereinsrecht in Oesterreich.

Wien, 28. April. (Sch. P. S.) Die Regierung wird heute im Nationalrate die angefundigte Vorlage über das Vereinsrecht einbringen. Diese Vorlage hat den Zweck, die Behörden von überflüssigen und Kosten verursachenden Verwaltungsarbeiten zu entlasten. Das Gesetz bestimmt, daß die Bildung von Vereinen und die damit zusammenhängende Anmeldung bei der Behörde in Zukunft nicht mehr notwendig sein wird. Auch die regelmäßige Vorlage der Sitzungen und das Verzeichnis der Vereinsfunktionäre als auch die Berichte über die Vereinsgebahrung werden in Zukunft entfallen. Das Gesetz sagt allen Vereinen und Körperschaften Freiheit zu und erläßt nur im allgemeinen Bestimmungen über die Vereinsbildung.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Berlin, 27. April. (Sch. P. S.) Der sozialdemokratische Parteivorstand beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Ergebnis der Wahlen zum Reichspräsidenten und zu den verschiedenen Landesparlamenten. Er sahke seine Anschauung gleichzeitig in einem Aufruf an die Partei zum 1. Mai zusammen, der mit dem Satz beginnt: „Im Kampfe feiern wir den 1. Mai.“ Der Parteivorstand weist darauf hin, daß der bürgerliche Liberalismus als politische Organisation aufgehört habe, und fügt hinzu: Aufgabe der Sozialdemokratie allein bleibt es, die geistige Freiheit der Nation gegen die Apostel einer dumpfen Gewalt Herrschaft zu verteidigen.

mit seinen kleinen, nicht allzu sehr reinen Prädigen die Tränen ab. In einem solchen „schwachen Augenblicke“ rissen die Buben, die sonst vor ihm Angst hatten, über ihn Witz.

„Gestern hat er den Hauptmann gespielt, und heute kramt er, und dann wischt er sich noch den Schweiß im Gesicht herum!“

Wenzelchen konnte Spott nicht vertragen. Wie ein verletzter Tiger sprang er auf — und schon nahmen die Buben Reißaus.

„Werdet ihr abfahren, oder ich will es euch eintunken!“

Und es stand dafür. Seine kleinen Fäuste ließen die Beleidigung nicht ungerächt, und wehe, wer ihn in die Hände fiel!

In der Schule ging die Blakerei aufs neue los. Mitunter wurde über ihn geklagt, und da kam ihn dann gewöhnlich sein Mut noch teuer zu stehen. Dafür waren aber die Ferien für ihn eine unerlöschliche Quelle der Freude. Während dieser Tage lebte er das Leben eines sorglosen kleinen Vogeleins. Die ganze Welt gehörte ihm da!

Nicht allein die Gassen, aus welchen übrigens die kleinen Bewohner geradezu wie verabredet von eifrigen Hausbesorgern und nervösen Mieterinnen vertrieben wurden, aber auch die breiten Felder, die sich hinter der Stadt ausdehnten, all dies wartete auf Wenzelchen und seine Kameraden!

Gleich in der Früh, wenn die Mutter in die Arbeit ging, marschierte man im Zuge auf die Gasse hinaus. Den Jüngsten, den kleinen Hans, trug Wenzelchen im Rücken, weil seine schwachen Beinchen kaum in der Lage waren, das Gewicht des aufgeschlachten Leibes und den großen Kopf zu tragen, und mit dem Hans eine längere „Expedition“ einfach unmöglich war. Die Mutter gab jedem der Kinder eine Schnitte Brot, mitunter sogar ein paar Heller dazu für die „Ausflügler“, und dann fühlten sich alle einfach glücklich. Es war so wunderbar, daß sie vor Freude beinahe auf-

geschrieben hätten. Zuerst fand natürlich eine wichtige Beratung, eine „Konferenz“ statt, was man einkaufen solle. Einer schrieb mit dem andern um die Wette, der eine verlangte Juckzeug, der andere eine Semmel, der dritte hatte wieder Lust auf eine lange, schwarze Pechschlange, die man abdecken konnte und die dabei so lange Zeit aushielte!

Und das war ja doch die Hauptsache, die wichtigste Voraussetzung für den Einkauf. Die kleinen Konjumenten kauften nämlich nur Dinge ein, die recht lange aushielten. Wenzelchen richtete es stets zur Zufriedenheit aller ein.

Mitunter murkten wohl ein paar, aber der Kravall verstummte sogleich, wenn Wenzelchen die geballten Fäuste zeigte.

„Ich habe dir eins auf!“ Und der kleine Revolutionär, der bloß flüchtig hinguckte, war im Nu stille.

Am häufigsten wurde der ohnehin beschuldene „Proviant“ durch gelbliche, dickbäuchige Gurken ergänzt, von welchen Wenzelchen behauptete, daß man sich mit ihnen anessen könne und daß sie gleichzeitig den Durst löschten.

So ausgerüstet, wanderten die Kleinen fröhlich hinter die Stadt, wo das verbrannte und verstaubte Gras und ein paar Getreidebüschel den kleinen Wanderern die unendliche Natur ersahen. Hier atmete Wenzelchen zufrieden auf, fröhlich lächelte er aus voller Kehle auf und janzte, daß es durch die ganze Gegend vernnehmbar war.

Dies war sein Willkommengruß, sein begeistertes, enthusiastisches und tiefempfundenes Gruß an das blaue Firmament und die weite Natur. Feinsinniger ließ er seine kleine Streit vom Morgenwinde küssen, dann lang er ein Strahlendes, lebensheiteres Liedchen, bis eine Lerche voll Liedes sich in den blauen Hethen aufschwang und hier ihr Lied herabgeschmettete, aus Angst, durch unseren kleinen Sänger nicht beschämt zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Die französischen Parteien.

Von Kurt Lenz.

Paris, Ende April 1932.

Es ist nicht leicht, sich im französischen Parteiengewirr zurechtzufinden. Stumpf organisierte Parteien, wie man es in vielen Ländern gewohnt ist, sind für Frankreich eine Seltenheit. Überdies hatten es viele Kandidaten bei den Wahlen für eine Ehre, sich parteilos zu nennen.

Man ist sich in Frankreich darüber einig, daß die sozialistische Partei die bestorganisierte französische politische Formation ist. Einen guten Parteiapparat hat sich weiterhin die jedoch politisch unbedeutende „Action Française“, die französische Monarchistengruppe, geschaffen, die einen in Belgien lebenden Bourbonen-Prinz auf den französischen Königsthron setzen möchte. Nach ihrer schweren Wahlniederlage vom Jahre 1924 wagt sie es nicht, diesmal wieder eigene radikalistische Kandidaten aufzustellen. So wird in der Kammer die äußerste Rechte von einigen Abgeordneten gebildet, die, ohne der „Action Française“ anzugehören, mit den Royalisten sympathisieren. Weiterhin folgt dann die republikanische Gruppe der „Fédération Républicaine“ des früheren Ministers Louis Morin. Vertreter dieser Gruppe kamen 1926 in Poincarés großes Ministerium der nationalen Einigung, sind aber nicht in der heutigen Lardieu-Regierung.

Diese setzt sich vor allem aus Leuten der „Action démocratique et sociale“ zusammen und aus der „Gruppe der Linkrepublikaner“, zu der Lardieu gehört. Auch in Frankreich entscheiden die Rechtsparteien, um Wähler zu fangen, ihre Vereinigungen von der Linken. Zur heutigen Regierung gehört auch die „Gruppe der Volksdemokraten“, eine katholische, in der Außenpolitik einigermaßen fortschrittlich orientierte Partei, die in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen hat.

Die bürgerliche Opposition gegen die jetzige Regierung wird von der „Radikalen Partei“ geführt. Nachdem Edouard Herriot wieder Parteivorsitzender wurde, sind, da er als Bürgermeister von Lyon starke Schwierigkeiten mit den Lyoner Sozialisten hat, die Beziehungen der Radikalen Partei zur Sozialistischen Partei eher etwas gespannt und bestimmt nicht mehr so herzlich wie 1924, als von den damaligen Wahlen vom 11. Mai 1924 auch beide Parteien in der Opposition waren.

Zwischen der Radikalen Partei und der Sozialistischen Partei stehen noch zwei kleine Gruppen, die „Republikanisch-Sozialistische Partei“, zu welcher der frühere Ministerpräsident Paul Painlevé gehört, und die „Französisch-Sozialistische Partei“.

Die Sozialistische Partei ist in Frankreich die große Partei der Zukunft. Sie gewann bisher dauernd an Stimmkraft bei jeder Wahl. Ihre Tageszeitung „Populaire“ erreicht bereits, obwohl sie erst vor einigen Jahren gegründet wurde, eine tägliche Auflage von ungefähr 100.000 Exemplaren. Die Partei hat 130.000 Mitglieder, was für französische Verhältnisse sehr viel bedeutet, und ihr parlamentarischer Einfluss ist ungeheuer. Bei den letzten Wahlen vor vier Jahren hatte sie 1.700.000 Stimmen. Die Kommunisten der Partei rechnen mit einem Gewinn von 500.000, die Lyristen von 800.000 Stimmen.

Eine davon bilden Leute, die aus der kommunistischen Partei ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden, eine kleine „Partei proletarischer Einigung“.

Die französischen Kommunisten sammeln viele Unzufriedene um sich. Als Partei sind sie ganz unbedeutend. Infolge des französischen Wahlrechts haben sie nur 10 Abgeordnete in der Kammer. Der ganze Parteiapparat der Kommunisten ist von Polizeispionen durchzogen, und erst heute wieder behauptet man, Pierre Semard, der frühere Sekretär der Partei, der für die Kommunisten bei den letzten Wahlen kandidiert, sei nach nichts weiter als ein ganz gewöhnlicher Polizeispieler.

Neue Besprechungen nach Pflingten?

Wien, 28. April. Aus Konferenzkreisen verlautet, daß man auf englischer Seite mit einer Wiederaufnahme der jetzt unterbrochenen Staatsmänner-Besprechungen über die Abrüstungsfrage nach Pflingten, und zwar am 18. Mai rechnet.

Lardieus Krankheit nur vorgetäuscht.

Die Meinung der deutschen Presse.

Berlin, 28. April. Die Erkrankung Lardieus begleitet die deutsche Presse mit Erwägungen, in welchem ihre offensichtliche Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt und in welchem einmütig die Ansicht vertreten wird, daß die Erkrankung des französischen Ministerpräsidenten eine rein diplomatische Krankheit sei.

Der sozialdemokratische „Abend“ erklärt die Erkrankung Lardieus mit den Rücksichten der französischen Regierung vor den Wahlen und kommt zu dem Schluss, daß bei der Abrüstungskonferenz ein tatsächlicher Fortschritt nur dann erzielt werden könne, wenn im französischen Parlament die bisherige Rechtsmohrheit verwindet und Lardieu keinen Platz einem fortschrittlichen Politiker überläßt.

Ein Serum gegen die Fluktuation der Mitglieder wird gesucht.

Die Erfinder mögen sich bei der kommunistischen Partei melden!

Herr Bruno — das Pseudonym für jenen russischen Kommunisten, der die Oberaufsicht über die kommunistische Partei der Tschechoslowakei führt — veröffentlicht in der „Kommunistischen Revue“ eine Kritik der organisatorischen Tätigkeit der K. P. C. Die Kritik ist wahrhaft vernichtend.

Wie bekannt, haben die Kommunisten in den letzten Jahren ihre organisatorische Tätigkeit auf die Schaffung von Betriebszellen eingestellt. Der Bruno erzählt nun, daß bisher „eine lächerlich geringe Anzahl von Betrieben“ von diesen Zellen durchzogen sei.

Woh 16 Prozent der Parteimitglieder ist in Betriebszellen organisiert.

die andern in Ortsgruppen und Straßenorganisationen. Und da wollen die Kommunisten stets im Namen der Betriebe reden!

Der Herr Bruno führt weiter an, daß bloß 26 Prozent der Mitglieder der kommunistischen Partei seit 1921 der Partei angehören. Der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter, die damals zu den Kommunisten gestoßen sind, sind ihnen also wieder weggelaufen.

In der Partei sind nicht weniger als 52 Prozent gewerkschaftlich unorganisierter Arbeiter.

34 Prozent sind in den kommunistischen Gewerkschaften, 14 Prozent in den freien Gewerkschaften. Nach der Beschäftigung sind 68 Prozent der Parteiangehörigen Arbeiter.

Außerordentlich beklagt sich Bruno über die Mitgliederfluktuation. Er führt an, daß von dem in einem Jahre gewonnenen Mitglieder bloß ein Viertel in der Partei verblieb. Drei Viertel

der Neugeworbenen haben der Partei wieder den Rücken gekehrt, vermutlich, weil es ihnen dort zu gut gefallen hat. „Wir sollten irgendein Serum gegen die Fluktuation erfinden“, jagte in einer Sitzung des Politbüros der Herr Gottwald. Wird dieses Serum nicht gefunden, dann „werden uns hunderte und tausende Mitglieder weiter davonlaufen“, ergänzt ihn Herr Bruno. Es wird also ein Serum gesucht, welches die organisatorische Alterschwäche der kommunistischen Partei befeitigen soll. Vielleicht findet sich irgendein Steinach, der die kommunistische Partei organisationsmäßig verjüngt.

Wieviel Mitglieder hat die kommunistische Partei?

Herr Bruno sagt, daß „Genosse Gottwald bereits in seinem Referat berichtet hat, daß wir 88.000 Mitglieder haben sollten, wenn uns nicht so und so viele durch die Finger laufen würden. Genau kann ich das nicht sagen, weil kein Kreis uns genaue Zahlen geben kann, wir haben rund 60.000 registrierte Mitglieder, aber ein großer Prozentsatz davon zählt keine Beiträge.“ Wenn die kommunistische Partei als Mitglieder alle diejenigen betrachtet, welche ihr keine Beiträge zahlen, dann gehört allerdings der allergrößte Teil der Bevölkerung der Tschechoslowakei zur Mitgliedschaft der kommunistischen Partei. Wenn die Kommunisten selbst sagen, daß sie 60.000 Mitglieder haben, von denen aber ein Teil die Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt, dürfen sie also höchstens 30.000 Mitglieder haben oder auf 500 Einwohner der Republik kommt ein organisierter Kommunist! Zur Diktatur der Volksherrschaft bei uns ist es also noch weit.

Aus dem Programm der sozialistischen Studenten.

Hochschulpolitik.

Der Verband deutscher sozialdemokratischer Studenten fordert eine grundlegende Änderung des gesamten Hochschul- und Bildungswesens und bekämpft aufs schärfste alle Bestrebungen zur Einführung oder Aufrechterhaltung eines Numerus clausus auf nationaler, sozialer oder konfessioneller Grundlage. Die Erhebung des Bildungsmonopols der besitzenden Klassen kann erst mit der Vernichtung der bürgerlichen Klassenherrschaft erfolgen. Um die Voraussetzungen für einen siegreichen Endkampf der Arbeiterklasse auch an der Hochschulfrente zu schaffen, tritt die sozialistische Studentenschaft für folgende Forderungen ein, die sie im Verein mit dem kostenbewußten Proletariat, das in der D.D.A.P. organisiert ist, zu erkämpfen entschlossen ist.

1. Die sogenannten „Akademischen Freiheitsrechte“, einseitiger Schutz der jungen bürgerlichen Revolution gegen die feudalistische Reaktion, heute der Schutz der bürgerlich-sozialistischen Reaktion gegen den Sozialismus, müssen fallen.

Die sogenannte „Akademische Freiheit“ hat nicht nur zu fallen, weil sie längst zur Freigeilheit der bürgerlichen Studenten erniedrigt wurde, sondern vor allem deshalb, weil sie dem Akademischen Senat und dem Professorenkollegium Rechte einräumt, die ihnen längst nicht mehr gehören. Diese Körperschaften, die sich stets nur aus der eigenen Klasse ergänzen, bilden die denkbar beste Garantie, daß das Eindringen des fortschrittlichen Geistes durch Berufung sozialistischer Dozenten verhindert wird. Wir fordern, daß die Verwaltung der Hochschulen der reaktionären Klasse, die sie heute verwalte, entzogen wird.

Im Rahmen der Forderung der Gesamtpartei nach kulturvoller Autonomie verlangen wir eine Hochschulkommision, in der den Vertretern der Arbeiterschaft der ihr gebührende Einfluss eingeräumt wird und in der die gewählten Vertreter der Studenten mit beratender Stimme mitwirken. Ein detailliertes Programm dieser Forderung wird im Einvernehmen mit den tschechischen Genossen ausgearbeitet werden. Bis zur Verwirklichung dieses Zustandes verlangen wir eine ausgedehnte und strenge parlamentarische Überwachung der Hochschulen. Wir lehnen auch die Verwaltung der Hochschulen durch die Studentenschaft ab, so lange diese infolge ihrer soziologischen Struktur (2 bis 3 Prozent Arbeiterstudenten) nur eine „demokratische Legalisierung“ des Hochschulsystems bedeuten kann.

Wir fordern die Abschaffung der Disziplinalgewalt der Hochschulen und die ausdrückliche gesetzliche Festlegung der Unabhängigkeit der öffentlichen Sicherheitsorgane und der öffentlichen Verwaltungsstellen bei Berufen und für Listen auf Hochschulniveau.

2. Die „Soz. Studentenschaft“ fordert die Ausgestaltung und Modernisierung des akademischen Lehrbetriebs. Sie fordert die Errichtung von sozialwissenschaftlichen Fakultäten, zumindest aber die Errichtung von sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen an den juristischen Fakultäten und an der Techn. ferner die Errichtung einer wertvollen sozialmedizinischen Lehrstühle an der medizinischen Fakultät und endlich die Anpassung der Mittel- und Volkshochschulbildung an die Erfordernisse der modernen Pädagogik und die wissenschaftlichen Fortschritte in den einzelnen Hochwissenschaften. Die soziale Lösung des Problems der Ueberfüllung der Hochschulen — sozialer oder nationaler Numerus clausus — lehnt die Soz. Stud. wie eingangs betont, mit aller Entschiedenheit ab. Sie fordert die Einführung von Doppelvorlesungen an allen jenen Lehrstühlen, an denen mehr als 250 Hörer instruiert

hier sind, ebenso eine Vermehrung der Praktika, Übungen und Seminare an den betreffenden Lehrstühlen. Die Möglichkeit zur Erfüllung dieser Forderung ist durch die Reorganisation der Dozenten- und Assistentenstellen gegeben. Die Soz. Stud. verlangt den Ausbau der Hochschulen bis zur Erreichung eines der mitteleuropäischen Kultur amähernd entsprechenden Niveaus. Sie fordert die Aufrechterhaltung des bisherigen Hochschulstandes und die Errichtung einer sozialistischen Techn. den Ausbau der Hochschulbibliotheken und Lesesäle und die freie Bestellung der Laboratoriumsbediener für Mittellose. Sie verlangt ferner die Abschaffung der ideologischen Fakultät; als staatliche Einrichtung. Auch im Interesse der Volksgesundheit verlangt sie den Neubau der Kliniken, von denen keine einzige den modernen Anforderungen entspricht. Als besonders dringend erachtet sie den Neubau folgender Kliniken der deutschen Universität in Prag: Chirurgie, Gynäkologie, Gynäkologie und Neurologie. Wir fordern die Verschleissung des Baues eines Einheitsgebäudes der deutschen Technik in Prag auf dem geplanten Gelände, da der unerträgliche Raummangel selbst durch Doppelvorlesungen und Gruppenübungen nicht behoben werden kann. Eine kleine Verringerung des Raummanagements wird durch die Räumung des chem. Instituts in Prag gegeben sein, das derzeit die „Kom. odb. od. tech. v. Prage“ innehat.

3. Ihre Forderungen bezüglich des heutigen Prüfungssystems lauten:

Med. Fakultät: Die Soz. Stud. nimmt Stellung gegen alle Pläne der Zusammenziehung der Rigorosa an einem Tag, da dies eine Senkung des wissenschaftlichen Niveaus des Arztstandes bedeuten müß.

Jur. Fakultät: Die Zusammenziehung der Rigorosa und Staatsprüfungen zu einer strengen Prüfung. Techn.: Wir fordern eine Reformierung des Studienplans zur ersten Staatsprüfung, die dahin geht, daß eine zweimöglige Vorlesung ein und desselben Stoffes vermieden wird, wodurch Zeit erspart und außerdem die Anzahl der Einzelprüfungen herabgesetzt wird, weiters die Beschränkung der Anzahl der Einzelprüfungen auf ein Mindestmaß, weil die Masse der Einzelprüfungen eine Behinderung im fortlaufenden Studium darstellt.

4. Die Soz. Stud. nimmt Stellung gegen die bisherige Taxenpolitik der Hochschulbehörden und Unterrichtsverwaltung. Sie fordert die Staffelung der Gebühren nach Vermögensverhältnissen, die Einführung einer Studiensteuer für reiche Studenten, die vollkommene Befreiung bei Mittellosigkeit, und zwar ohne Befreiung von Zeugnissen, da deren Beschaffung für den mittellosen Studenten weit schwieriger ist als für den materiell unabhängigen. Die Soz. Stud. fordert die Abschaffung der Ausländertaxen auf das vor dem Erlaß vom 12. Februar 1932 bestehende Ausmaß. Außerdem verlangt sie die Befreiung der Ausländertaxen und Gebühren. Sie verlangt auch die Einrechnung jeder im Studienjahr abgelegten Prüfung zur Schulgeldbefreiung, die selbst wieder in Staffelung nach sozialen Verhältnissen vor sich gehen muß.

5. Die Soz. Stud. fordert die Errichtung solcher sozialistischer Einrichtungen, die allen Bedingten das Studium ermöglichen würden. Insbesondere fördert sie die Erhebung und Zentralisierung des Stipendienwesens auf ein heutzutage wirtschaftliches Stipendienentsprechendes Niveau. Sie fordert weiters die Errichtung von staatlich garantierten Darlehensstellen, den Ausbau des Freistich- und Stipendienwesens für arme Studenten, welche den Charakter bürgerlicher Wohltätigkeitsaktionen verlieren müssen. Die Soz. Stud. fordert weiters die Errichtung einer Studentenrentenkasse. Solange diese Forderungen, die sehr dringend sind, nicht erfüllt werden, fordert die Soz. Studentenschaft die

Erhaltung und Erhöhung der staatlichen Subventionen für die betreffenden akademischen Wirtschaftskörper. Die Verwaltung der oben von uns geforderten Einrichtungen fällt in die Kompetenz der von uns geforderten Hochschulkommision. Die Räume der Studentenheime haben lediglich ihrem Zweck, dem Bildungszweck der wertvollen Studenten, zu dienen, niemals aber als Büden der bürgerlichen Verbindungen Verwendung zu finden.

Budapest amüsiert sich...

Die ungarische Bourgeoisie vertreibt sich die Krise, so gut es geht, teils durch den Tanz und teils durch den Tod. Gestern gab es einige Veranstaltungen, bei denen man gewesen sein mußte; schon am frühen Morgen hat es begonnen, aber so früh es war, die Damen haben nicht gefehlt. Gestern gab es eine Premiere beizuwohnen; der neue Henker stellte sich einem P. T. Publikum vor. Er hat vor geladenen Gästen zwei Soldaten hingerichtet. Dazu wird gemeldet:

Zu der Hinrichtung wurden dreihundert Zuschauer zugelassen. Vor dem Gefängnis sammelte sich eine riesige Menschenmenge an, die Polizei vermochte die Menge nur mit größter Mühe zurückzudrängen, um den geladenen Gästen den Weg in das Gefängnis freizumachen. Es gelang einigen ungeladenen Personen, bis zu dem Gefängnisvorhof vorzudringen, so unter anderem zwei Damen, Mutter und Tochter, die von dem Wachkommandanten entfernt werden mußten.

Die beiden Damen sind also um das Verhängnis gekommen, das Lampenfieber des Henkers und den qualvoll langsamen Tod der Delinquenten mitzuerleben. Dafür gab es eine andre Zerstörung:

Budapest, 27. April. Die gestern abend begonnene Daueranzugkonzert im Zirkus Pástor wurde heute unter Teilnahme von sechzehn Paaren fortgesetzt. Die Tanzenden erhalten von Zeit zu Zeit Applaus und heißen Aufschrei. Eine Tänzerin erregte lebhaftes Aufsehen dadurch, daß sie sich während dem Tange stundenlang in die Weste eines Dreierromans vertiefte.

Aber an diesem abwechslungsreichen Tag hat sich in Budapest noch etwas ereignet, ohne geladene Zuschauer und ohne sensationelle Begleitumstände. Die Polizei meldet:

Budapest, 27. April. In einem leerstehenden Keller wurde heute die Leiche einer in Lumpen gekleideten, etwa vierzigjährigen Frau gefunden, deren Identität noch nicht festgestellt. Die Unbekannte dürfte vor etwa zwei Wochen gestorben sein, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach durch Behangern. Da der Keller ständig geschlossen gehalten wird, hat die Polizei eine Untersuchung eingeleitet, um festzustellen, auf welche Weise die Frau in den Keller gelangt ist.

Daueranzugkonzerte, Hinrichtungen und verhungerte Menschen — das ist die christlich-nationale Kultur, die man in Ungarn beschafft.

Bagage.

Der „Vorwärts“ und die „Internationale“ brachten gestern ein Bild des tschechischen Genossen Abgeordneten Brožík mit folgendem Text:

Karl Brožík,

der Abgeordnete der reformistischen Gewerkschaftenorganisation, ist nach dem Streik irrsinnig geworden. Nach im Kranken Zustand verriet er die Kämpfenden.

Genosse Brožík, tatsächlich seit längerer Zeit schwer leidend, befindet sich bekanntlich in einem Sanatorium, sein Zustand hat sich durch die Ueberarbeit während der letzten Wochen verschlimmert. Die Auslassungen der kommunistischen Presse werden von jedem Arbeiter als ein Tiefpunkt kommunistischer Amoral, als ein beispielloses Verbrechen der Gemeinheit empfunden und verurteilt werden. Hoff. Verleumdung, Mangel aller primitivsten menschlichen Empfindens — das sind die Charakteristika der kommunistischen Journaliste, von der man sich angewidert abwendet.

Wo ist Herr Tichy hingeraten?

Eine traurige Geschichte mit glücklichem Ausgang.

Während der Senator der Gewerkschaften Tichy gestern im Senat über die Umfassener sprach — und über andere Dinge, von welchen wir sagen können, daß er nicht viel davon zu verstehen scheint — gab es im Sitzungssaal große Aufregung. Unter den Zuhörern war nicht, desto mehr aber beim Redner. So etwas von Entschlossenheit, bis zum letzten Blutstropfen zu kämpfen, hat man noch nicht erlebt. Frenetischer Beifall seines Rufs, der ihn wie ein Mann unterstützte — mehr sind es nämlich nicht — folgte seinen Worten, und dann ...

und dann zog Herr Tichy von dannen und ward an diesem Tag nicht mehr gesehen. Die Abstimmung kam, die Anträge des Herrn Tichy wurden gelesen, es wurde abgestimmt, Herr Tichy war und blieb verschwunden und der ganze Senat blühte vorzüglich in die Szalada, wo Herr Tichy sitzen sollte und nicht saß.

Diese Geschichte hat aber ein happy end: niemals noch ist es Herrn Tichy gelungen, das Interesse des Senats so zu erwecken wie an diesem Tag. Es war vielleicht eine geniale Reklame: Er glänzte durch Abwesenheit!

Tagesneuigkeiten

Die Himalajaexpedition.

Die diesjährige deutsche Himalajaexpedition ist von München nach Indien abgerückt. Man wird den westlichen Endpunkt der Himalajafette, den 8115 Meter hohen Naga Parbat bezwingen. Die zwölf Mitglieder der Expedition sind Ing. Will. Merk-Munden, Ing. Fritz Seidhardt, Dr. Fritz, cand. Ing. Rungl-König, Dr. Peter-Wilhelm, Dr. Dietrich-Dresden, Simon-Weiß, Maschinenbau-Ingenieur, Dr. Sambriger-Rosenheim (als Arzt), zwei amerikanische und zwei englische Alpinisten. Der Naga Parbat hat bereits Todesopfer gefordert; trotzdem gilt er noch als einer der jugendlichsten Gipfel des Himalaja. Von früheren deutschen Himalajaexpeditionen (1920 und 1931), die der Besteigung des Kanchenjunga, dem dritthöchsten Berg der Welt, galten, sind keine Nachrichten mehr gekommen.

Nach Brügelstraße!

Von einem Londoner Gericht wurden am Mittwoch mehrere Angeklagte wegen Raubüberfalles zu Freiheits- und Brügelstrafen (Rutenhiebe) verurteilt.

Ziehung der Klassenlotterie

300.000 K: 2692.
 50.000 K: 24.268.
 20.000 K: 26.948.
 10.000 K: 47.330.
 5.000 K: 94.660.
 1.000 K: 322.200.
 500 K: 4182, 6703, 11.853, 19.215, 24.278, 29.500, 39.554, 40.726, 50.080, 61.332, 68.587, 73.455, 78.153, 80.314, 81.895, 82.135, 82.775, 86.934, 92.241, 102.115.
 2000 K: 678, 785, 909, 1247, 3667, 3078, 4974, 5709, 7412, 11.195, 12.450, 15.090, 16.283, 17.146, 17.889, 17.989, 18.848, 18.818, 20.895, 21.788, 21.859, 22.508, 31.896, 32.835, 32.512, 32.756, 32.958, 34.526, 35.328, 36.506, 38.497, 38.084, 41.813, 46.304, 46.532, 48.242, 47.483, 51.011, 52.191, 54.029, 60.478, 65.539, 66.206, 67.917, 76.126, 80.677, 81.057, 81.415, 85.293, 88.448, 89.482, 92.008, 99.772, 94.364, 94.998, 95.544, 96.368, 96.743, 98.815, 101.261, 104.826. — Einen Teil des 300.000 K-Treffers gewann ein Prager Arbeiterloster.

Der 4. deutsche Wohnungsjorgetag mit interessanten Vorträgen erster Hochmänner findet bereits Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. Mai l. J., in der Stadthalle zu Aulzig a. G. statt. Wohnungsanmeldungen: Bürgermeisteramt Aulzig a. G.

Eine Provokation. Die Friseur von Oberleutensdorf haben die Absicht, am 1. Mai zu arbeiten, und haben eine Aktion eingeleitet, um möglichst alle Friseure zu veranlassen, sich dieser Herausforderung der Arbeiterschaft anzuschließen. Ganz besonders tut sich dabei der Domherr der Friseurgenossenschaft von Oberleutensdorf hervor. Die Arbeiterschaft von Oberleutensdorf ist über diese Herausforderung empört und ist gewillt, alle Friseure zu meiden, die sich dieser Aktion anschließen. Werkwürdigerweise leistet die als reaktionär bekannte Brüger Bezirksbehörde diesem aufreizenden Treiben der Oberleutensdorfer Friseure noch Vorschub. Als nämlich der Rat Meier von der Bezirksbehörde auf die Aktion in Oberleutensdorf aufmerksam gemacht wurde, erklärte er, daß ja am 1. Mai auch alle Geschäfte arbeiten könnten! Dieser Herr scheint der Meinung zu sein, daß die Polizei nur für die Arbeiter gelten, und findet nichts daran, sogar indirekt zur Gefähr-

lichung aufzufordern. Es wird sich die Zeit, daß in der Brüger Bezirksbehörde endlich ein anderer Geist einzieht!

Grubenunglück in Schlesien. Der Bergrevierbeamte des Bergreviers Gleiwitz-Nord teilt mit, daß gestern früh eine Schlagwettersexplosion in der „Concordia“-Grube stattgefunden hat. Hierbei sind acht Mann verletzt worden, darunter sechs schwer. Sämtliche Verletzte sind geborgen. Eine Gefährdung anderer Leute besteht nicht. Da bei dem Unglück schwer Verletzten 6 Bergleute am Leben erhalten werden konnten, läßt sich erst binnen einer Woche mit Bestimmtheit sagen, da die Verletzungen in schwerem Brandwunden bestehen. Die Unglücksstelle ist als schlagwettergefährlich bekannt. Die Entzündungsursache steht noch nicht fest. An der Explosionsstelle wurde eine zerfetzte Rindholzkapsel und zerstreut liegende Streichhölzer sowie eine Dose Tabak gefunden, abgesehen Nahrung und das Mitführen von Rauchtabak und Feuerzeug polizeilich verboten ist.

Adolf Hiller und der Storch. Der „Politische Beobachter“ brachte am 22. April folgendes überwältigende Stimmungsbild:

„Neu, unübersehbar Merkmalen stehen rund um das Kugelgelenk. Menschen jeden Alters und jeden Berufs, ein einziger Herzschlag aber in gläubiger Inverder und Hoffnung auf Adolf Hiller. Brautjungfer steigt der Geburtstagsgruß der zehntausend Königsberger hinauf in den blauen Himmel, wo hoch ein Storch mit langemem Kugelschlag majestätisch seine Kreise zieht.“

Nur mag jeder noch eigener Phantasie die tieferen Zusammenhänge zwischen Adolf und dem Storch zu ergründen versuchen. Jedenfalls: Adolf „braucht“ Soldaten.“

Verordnung eines Grabes. Aus der Gruft der Prinzessin Cassi, der Mutter des letzten chinesischen Kaisers und jetzigen Oberhauptes des neuen Mandchū-Staates in Peking, wurden Juwelen von unermesslichem Werte gerammt. Die Prinzessin Cassi hatte im letzten Regierungsjahre der Mandchū-Dynastie in China Selbstmord begangen, indem sie einen goldenen Ring verschluckte, und wurde deshalb nicht in der Gruft der kaiserlichen Familie, sondern in einem Einzelgrabe unweit von Peking beigesetzt. In den Tagen wurden ihr viele Juwelen mitgegeben, welche nunmehr insgesamt gestohlen wurden. Die Polizei verhaftete zwei verdächtige Männer.

Verbrecher aus Liebe. Aus Neutra wird berichtet: Der Arbeiter Ferdinand Matloka wurde vor kurzen aus dem Besspoldauer Gefängnis entlassen, wo er fünf Jahre lang wegen eines Mordes saß. Matloka wollte nun ein neues Verhältnis mit seiner gewesenen Geliebten anknüpfen, diese aber wies ihn ab. Im Streite ergriff Matloka ein Messer und stach sie einigemal in den Kopf, dann ergrazte er noch sein Weib, indem er sie mit einer Eisenstange niederstieß. Beim Verhör gab Matloka an, daß er dem Mädchen die Nase abschneiden wollte, damit er sie so an sich festhalten könne. Matloka wird sich vor den Geschworenen zu verantworten haben. Außerdem wird Matloka ein Drittel seiner Strafe noch absetzen müssen, denn er war nur bedingt aus dem Zuchthaus entlassen.

Ein schwerer Motorradunfall mit tödlichem Ausgange ereignete sich vorgestern nachmittags in Tschöppern bei Brüg, als der Motorradfahrer Troller durch den Ort fuhr. Troller befand sich in rascher Fahrt, als er an einem engen Straßenteil einem Bergarbeiter ausweichen wollte.

Zwei fuhr er das vierjährige Töchterchen des Bergarbeiters Spot um, das er etwa sechs Meter mitgeschleifte, da er bei dem rasenden Tempo gar nicht in der Lage war, sein Motorrad rasch zum Stehen zu bringen. Das Kind wurde sehr schwer verletzt und ist kurze Zeit nach der Einlieferung in das Brüger Krankenhaus verstorben. Der Vorfall rief unter der Bevölkerung des Ortes große Empörung hervor. Als der Vater des überfahrenen Kindes von dem Unfall erfuhr, holte er einen Revolver und feuerte auf den flüchtenden Motorradfahrer zwei Schüsse ab, von denen einer Troller in den Fuß ging. Die Gendarmerie nahm Troller in Haft und lieferte ihn in das Brüger Gericht ein.

Nord und Selbstmord bei Berlin. In Pantow erschof gestern vormittags die 33 Jahre alte Frau Weber im Schlafzimmer ihrer Wohnung ihren sieben Jahre alten Sohn Rudolf, der noch schlafend im Bett lag, ohne sich dann die Pulswafer und erhängte sich an der Tischkante. Frau Weber war kürzlich von ihrem Mann geschieden worden. Es ist anzunehmen, daß sie infolge der endgültig ausgesprochenen Scheidung diesen Verzweiflungsschritt unternommen hat.

Eine Riste mit Geld gestohlen. In der Nacht zum 28. April wurde aus dem polnischen Grenzbahnhofe Neu-Dentschen (Bosen) aus dem A-fertigungsraum des Jollantes eine Riste mit Goldbarren im Werte von 120.000 Zloty gestohlen, die aus Holland kamen und für die polnische Staatsbank in Warschau bestimmt waren. Als der Tat verdächtig wurden ein polnischer Zollbeamter und ein polnischer Eisenbahnarbeiter von der polnischen Grenzpolizei festgenommen; beide bestritten jedoch die Tat. Trotz Untersuchung des gesamten Bahnhofsgebäudes ist es bisher nicht gelungen, die Goldriste wieder aufzufinden.

Furchtbare Unfälle eines Bahnunigen. Der 32 Jahre alte Vordameister Bild aus Tirschenreuth (Oberpfalz) überfiel am Donnerstag seinen 67jährigen Mutter und zertrümmerte ihr den Schädel. Dann ging er in das Schlafzimmer, in dem seine Frau und vier Kinder schliefen, und schlug blindlings mit dem Beil auf sie ein. Nach der Tat wollte der Mörder sich in einem Weibchen ertränken, da das Wasser ihm jedoch nur bis an die Brust ging, ließ er von seinem Vorhaben ab. Zwei Kinder sind ihren Verletzungen bereits erlegen; die Verletzungen der übrigen sind so schwer, daß mit ihrem Ableben gerechnet werden muß. Bei seiner Verhaftung zeigte sich Bild völlig reueunfähig. Wie jetzt feststeht, hat Bild die grauenvolle Tat in einem plötzlichen Anfall von Jähzorn begangen, weshalb auch seine Ueberführung in die Heilanstalt Regensburg bevorsteht.

Auf dem polnischen Militärflugplatz in Wda ereignete sich ein folgenschweres Flugzeugunglück. Kurz nach dem Start eines Militär-Doppeldecker wurde ein vorübergehender Arbeiter vom Propeller erfasst und auf der Stelle getötet. Das Flugzeug stürzte zu Boden und wurde zertrümmert. Der Pilot, ein Pilgerleutnant, und der Beobachter erlitten lebensgefährliche Verletzungen.

Jugungsunfall in Amerika. Der Expresszug Montreal-Chicago entgleiste in dem Augenblick, als er eine niedrige Brücke überquerte. Einer der Wagen stürzte auf ein Familienhaus, dessen eine Bewohnerin getötet wurde. Der Zeiger sowie der Lokomotivführer des Zuges wurden getötet, zwei Reisende schwer verletzt.

Bei der zwangsvollen Delogierung eines Nicters in Halle kam es zu schweren Zusammenstößen der Bevölkerung und der Polizei, auf die aus mehreren Häusern etwa acht scharfe Schüsse abge-

Vom Rundfunk

420.000 Rundfunkteilnehmer in der Reichshochfrequenz.

Am 1. April wurden in der Reichshochfrequenz 417.411 zahlende Rundfunkhörer gezählt. Mit den nichtzahlenden Funkhörern übersteigt die Ziffer der Teilnehmer 420.000. Hierüber entfallen auf die Postdirektion in Potsdam 32.820, in Prag 213.815, in Brünn 68.840, in Troppau 45.545, in Breslau 38.944, in Kachau 17.287 zahlende Rundfunkhörer. (PK.)

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag:
 Prag: 11: Schallplatten, 13.30: Tschechische Veder, 17.35: Literatur für die Jugend, 18.25: Deutsche Sendung: Chorfonet, 19.20: Trampelbilder, 19.55: Blasmusik. — Brünn: 15.30: Tschechische Lieder, 18.25: Deutsche Sendung: Populäre Sprechstücke, 19.20: Marcella. — Berlin: 16.05: Blasmusik, 19.10: Kammermusik. — Breslau: 20.10: Robaret. — Königsberg: 19.05: Italienische Kammermusik. — Leipzig: 19.25: Goetheballaden. — Rühlstedt: 16.30: Lebenslieder für alt und jung. — Rünchen: 21: Sumier Abend. — Wien: 17.20: Blasmusik, 22: Blasmusik

ben wurden. Die Polizei erwiderte das Feuer mit Schreckschüssen und räumte unter Anwendung der Gummiknüttel die anliegenden Straßen, wobei 5 Personen verhaftet wurden. Unter dem Schutz einer großen bewaffneten Polizeibataillon wurde die Ermittlung durchgeführt.

Tragödie in der Trennung. Aus Warschau wird berichtet: Die 24jährige Volkshochschullehrerin Berdzicka bejuchte dieser Tage mit Erlaubnis der Leitung der Trennung in Tward bei Warschau ihren Bräutigam, den Volkshochschullehrer Baranowski. Der seit vier Monaten in der Trennung interniert ist. Als Baranowski in das Speisezimmer geführt wurde, gab die Lehrerin mehrere Revolvergeschosse auf ihn ab, die ihn so schwer verletzten, daß er bald darauf starb. Die Lehrerin richtete, bevor die Wüter sie daran hindern konnten, nach der Tat den Revolver gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß ins Herz.

Ein elektrisches Fahrrad. Eine Elektrowarenfabrik in Eindhoven in Holland hat ein Fahrrad auf den Markt gebracht, dessen Antrieb durch einen mit einem Akkumulator verbundenen Elektromotor erfolgt. Der Motor liegt schräg unter dem Sattel und wird durch Kettenantrieb auf das Hinterrad. Die Geschwindigkeit des elektrischen Fahrrades soll 30 Stundenkilometer, sein Aktionsradius 100 Kilometer betragen.

Ein Hebermossur. Im Rostocker Neuburger Stadthaus bei Wien wird in der kommenden Saison der erste Hebermossur in Europa errichtet werden. Dieser Turm soll dazu dienen, die dort verhörende Massenplage einzudämmen; bei Einbruch der Dämmerung werden die Hebermossur aus dem Turm losgelassen und man hofft auf diese Weise Erfahrungen, die die Farmer in den Urwäldern gemacht haben, zu verwerthen können. Denn nach Beobachtungen sind etwa 40 Hebermossur im Jahre, nicht weniger als 40-50.000 Mücken in einer Nacht zu vertilgen.

Telephon billiger in Ungarn. Der ungarische Handelsminister erklärte im Finanzansatz, daß er mit Rücksicht auf die schwere allgemeine Krise und zur Belebung des Telephonverkehrs die Telephongebühren, besonders im Interurbane Verkehr, entsprechend ermäßigen wird. Auch die Installation für neue Anschlüsse wird bis auf die Hälfte herabgesetzt werden.

Ein Genie.

Erlebnisse aus meiner Abgeordnetenzelt.

Von Dr. Alcides Greca, ehemaliges Kongreßmitglied für Santa Jo, Argentinien.
 Ich weiß nicht mehr, wie und wo ich ihn kennen lernte. Schweißig, ein wenig schlüßig, ängstlich gekleidet, erinnerte er mich an einen bedächtigen Kater. In der Parteiverammlung sprach er mich niemals an. Er hatte immer ein bitteres, schicksalsergebendes Lächeln auf den Lippen. Er schien gern zu freizeiten, stand aber immer fest auf den Beinen.
 „Beschreiben Sie mir die Verlegenheit.“
 „Zeitlich kam er in mein Haus. Er wartete geduldig an der Straßenecke. Vielleicht ahnte er, daß ihm meine galizische Wirtin die Tür vor der Nase zuschlagen würde: „Herr Doktor ist ausgegangen.“
 Er überfiel mich, wenn ich in die Elektrische steigen wollte. Wie hergezaubert stand er da: „Herr Doktor, ich bin in Verlegenheit.“
 „Bist du immer noch nicht zufrieden?“
 „Nur noch diesmal, Herr Doktor.“
 Als Serapio merkte, daß sein Kredit wacklig stand, strengte er seinen Geist an und schwindelte mich dreimal an. Ich erzähle es der Heike nach.
 „Also, Herr Doktor: von jetzt ab belästige ich Sie nicht mehr. Ich gehe in die Weisernte. Bei Gomez soll viel Arbeit sein. Nur möchte ich Sie bitten, mir eine Meinigkeit für die Fahrt zu geben.“
 „Wiederholst du die Fahrt?“
 „Zwei vierzig, Herr Doktor.“
 „Do. — Aber komm mit nicht noch mal!“
 „Nein, Herr Doktor, — diesen Dank!...“
 Bierzeitige Tage.
 „Herr Doktor! Ich gehe nach Karlaranja. Ich habe Arbeit auf einer Estancia bekommen. Geben Sie mir die Gebühr für die Agentur.“

„Wass? Bist du denn nicht in die Weisernte gegangen?“
 „Ja, Herr Doktor. Aber es waren schon so viele Leute da, und da gab es keine Arbeit mehr. Ich mußte zu Fuß zurückkommen.“
 „Das rührt mich; ich habe nahe ans Wasser gebast.“
 „Die Reise nach Karlaranja ist kürzer...“
 „Herr Doktor, drei Pesos reichen mir...“
 „Die Fahrt kostet doch nicht mal einen Peso!“
 „Ich muß die Vermittlungsgebühr bezahlen; sonst krieg' ich die Arbeit nicht. Zum letzten Mal, Herr Doktor!“
 „Aber ganz gewiß das letzte Mal...“
 „Nach einiger Zeit wurden die Reisen noch kürzer. Eines Tages machte ich Schluss; ich wollte nichts mehr von ihm wissen...“
 Ein Monat verging, ein Vierteljahr. Serapio kam nicht wieder. Andere erfetzten ihn mit Erfolg. Als ich eines frühen Vormittags aus dem Hause trat, stieß ich mit Serapio zusammen. Er trug eine Eisenbahnernüte und hatte eine Laterne in der Hand.
 „Also, Herr Doktor“, sagt er, sobald er mich sieht, und strahlt mich an, „von jetzt ab belästige ich Sie nicht mehr. Ich bin wieder angezogen. Ich bin Weichensteller geworden. Jetzt werd' ich feste arbeiten! Ich möchte Ihnen danken für das, was Sie an mir getan haben.“
 „Na, das freut mich. Aber nimm dich in acht! Besau dich nicht wieder!“
 „Nein, Herr Doktor. Kein Gedanke! Und, Herr Doktor, vergehen Sie, wenn ich Sie zum allerletzten Male belästige. Ich bin im Gasthaus ein paar Pesos schuldig. Sie geben mir meinen Koffer nicht heraus. Mit fünf Pesos ist alles in Ordnung, Herr Doktor. Es ist wirklich das letzte Mal.“
 „Schön. Wenn es so ist... Aber ganz gewiß zum letzten Male!“
 „Diesen Dank, Herr Doktor!“
 Abends komme ich in die Parteiverammlung

und sage zum Vorsitzenden: „Wissen Sie schon? Serapio ist wieder bei der Bahn.“
 „Was? ... Sind Sie auch davon rein-gefallen?“
 „Wieso: reingefallen?“
 Der Vorsitzende lächelt ironisch. „Er ist wohl mit einer Laterne bei Ihnen erschienen?“
 „Ja. Er folgte mir, er arbeitete bei der Bahn.“
 Der Vorsitzende lacht hell heraus. „Angeschmiert, Doktor! Mit der Laterne und der gepumpten Röhre ist er bei allen Funktionären gewesen. Der Mann, der ihm die Laterne geborgt hat, wartete an der Ecke, um sie auch wieder-zukriegen. Ich glaube, er bekam Projekte“...
 Serapio verlangte nun kein Geld mehr von mir. Schweißig sah er hin und wieder in der Versammlung. Weder die Begeisterung noch die vernünftige Stimmung der Genossen teilte er. Bei Vorträgen sah er ein wenig abwärts und starrte vor sich hin. Er schien an ganz was anderes zu denken und war nur körperlich anwesend. Einmal machte ich mir einen Spaß mit ihm. „Na, wie gehts bei der Bahn? Haben Sie dich nicht wieder rausgeworfen?“
 Sein Schicksal war zur Hälfte bitter, zur Hälfte süß...
 Ein Jahr später kommt Serapio zu mir und hat ein Bündel schmutziger Papiere in der Hand. „Ich will kein Geld von Ihnen, Herr Doktor. Aber verhehlen Sie mir zu meiner Abfindung durch die Eisenbahnkasse.“
 Ich greife einigermaßen bedenkenlos nach seinen Papieren und stelle Berechnungen an. Er hat wahrhaftig vierzehn Dienstjahre. Also kommen ihm etwa 800 Pesos zu. Ich sage ihm, daß er mit der Auszahlung seinen Anspruch auf eine Rente verliert, und daß er lieber warten soll. Vielleicht nimmt ihn die Verwaltung noch einmal an, ... nicht so wie damals! Er tut als begreife er nicht. „Nein, Herr Doktor. Die Sache verzährt. Wenn ich keinen Antrag stelle, verfallt mein Anspruch. Ich will mit dem bisherigen Geld

zu meiner Frau und meinem Töchterchen zurück-leben. Ich will mir Müßel für ein Hauschen kaufen.“
 „Bin und wieder erscheint er bei mir und fragt, ob ich Antwort habe. Die Sache wird in Buenos Aires erledigt. Einige Monate vergehen. Eines Tages erfährt er sich: „Herr Doktor, ich habe nichts zu essen. Leihen Sie mir ein paar Pesos! Wenn ich die Abfindung kriegen, geb' ich sie Ihnen zurück.“
 Die Bitte hat Erfolg und wiederholt sich vier-, fünfmal. Drei Monate lang kommt Serapio nicht. Endlich erscheint er eines Nachmittags traurig und bedrückt. „Ist noch kein Bescheid da?“
 „Nein. Es dauert schauderhaft lange. Ich schreibe jetzt an die Kasse.“
 Serapio nimmt bei mir eine neue Anteilnahme auf. Drei Tage später kommt die Antwort. Bei zwei Monaten ist die Abfindung durch die Staatsbank ausgezahlt worden. Abends sage ich den Genossen: „Hat keiner von euch Serapio gesehen? Der arme Kerl! Man scheint ihm die Abfindung von der Eisenbahnkasse gestohlen zu haben. Wer weiß, was für einem Rechtsvertehrer er in die Hände gefallen ist!“
 „Nach fünf Minuten sagt einer: „Da kommt Serapio.“
 „Serapio, wenn hast du Vollmacht gegeben? Man scheint die Abfindung für dich bei der Bank abgehoben zu haben.“
 „Nein, Herr Doktor. Ich habe sie selbst vor zwei Monaten abgehoben.“
 „Dum! Warum hast du mich vor drei Tagen den Brief schreiben lassen?“
 „Ich hätte ihm eine gelangt, wenn man mich nicht in den Arm gefassen wäre.“
 Zeit zwei Jahren kommt Serapio wieder zu mir. Wahrscheinlich bereitet er den vierten Schwindel vor. Das noch schlimmer ist: ich habe den Eindruck, daß ich abermals darauf hereinfallen werde.
 (Ehrwürdige Uebersetzung aus dem Argentinischen von G. O. Neuenhoffs.)

Gerichtssaal

Die Kleinen und die Großen.

Verschiedener Amtsgerichtsbezirke.

(Schwurgerichte)

Prag, 28. April. Statt des für heute angesetzten, auf zehn Tage veranschlagten Mißvertrages gegen den Finanzrat Anton, der erst morgen zur Verhandlung gelangt, wurde am heutigen Tage der Kleine Fall eines Kleinen Mannes gerichtet. Es wird also Gelegenheit geboten, die Schuld der Angeklagten in zwei Fällen des gleichen Delictes gegen einander abzuwägen; und zwar sind es zwei Fälle, die als typische Repräsentanten ihrer Art bezeichnet werden können. Auf der einen Seite sehen wir den Satten, Wohlgestalteten, der noch mehr haben wollte — auf der anderen den armen Teufel mit dem Hungerlohn, der sich aus einer verwerflichen Situation durch vorübergehende Anführung fremden Gutes sich zu helfen gedachte und dadurch in das Netz des Gesetzes geriet. Der Sachverhalt spricht für sich selbst und bedarf keines Kommentars.

Der ehemalige Eisenarbeiter Friedrich Tisch aus Heder bei Budehrad, ein tüchtiger, wohlqualifizierter Mann, hatte im Jahre 1923 einen Betriebsunfall erlitten, der ihm die rechte Hand teilweise lähmte. Er bezieht seitdem eine Invalidenrente von 1920 K monatlich und da er damit keine Familie natürlich nicht ernähren konnte, griff er noch jeder Arbeit, die sich ihm bot. Im Sommer arbeitete er beim Bauern, machte Bäckerdienste, Botengänge u. dgl., im Winter hatte er Eis, verdiente sich als Müllträger für alles — kurz er und seine ebenso tapfere Frau verdienen sich ehrlich ihren schmalen Broten. Es gelang ihnen sogar, ihren kranken Sohn noch ärztliche Pflege zu verschaffen.

Schließlich erhielt Tisch im Jahre 1930 die Stelle eines Postboten und hatte als solcher die Brief- und Paketpost von dem drei Kilometer entfernten Budehrad zu besorgen, auch Geldsendungen bis zu 300 K wurden ihm anvertraut. Bei höheren Beträgen hatte er zuerst die Unterschrift des Adressaten vorzulegen, ehe er das Geld bekam. Es ist ein Posten, für den die schwebende Verteilungsform möglich ist, d. h. "Bötlein" recht am Platze ist. Das Bötlein besaß nämlich für seine Dienste pro Monat zuerst 150, später 20 K und verdiente an festem guten Löhnen etwa 3 bis 5 K an Trinkgeld.

Schon vorher hatte Tisch mit selbst beschafften, zum Teil verheulenen oder nützlich zusammengeputzten Baumaterial ein kleines Häuschen zu bauen begonnen. Er wollte seiner Familie wenigstens ein sicheres Dach über den Kopf verschaffen. Drei Sparflüsse aus den Nachbarnorten schossen dazu dem gut bekannten Mann zusammen 12.000 K vor. Nun hieß es die Pläne und Zeichnungen aufzuführen, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, daß man ihm sein Häuschen verweigere. Aber das war noch nicht alles.

Ein geschäftstüchtiger Agent wählte Tisch zu beschreiben, bei einem Budehrader Geschäftsmann Kleider im Werte von 2626 K einzukaufen. Natürlich auf Raten. Und als die Raten nicht pünktlich eingehalten wurden, drohte der Kaufmann mit Klage und Exekution. So war das erhoffte "sichere Dach" von einer neuen Seite her bedroht.

Um die Schuld bei dem Kausenhandler abzulösen, wandte sich Tisch abermals an eine Sparkasse um ein Darlehen von 2000 K. Die Verhandlungen liefen sich gut an. Aber der Kaufmann bedrängte den armen Teufel so, daß dieser glaubte, nicht mehr warten zu können. Und als man einem Creditanten, gleichfalls einem Invaliden der Arbeit, die Unfallrente kapitalisiert wurde und die Arbeiter-Unfallversicherung ihm das Kapital von 7021 K anbot, schickte Tisch den Empfangsschein und bezog das Geld. Er beabsichtigte die Schuld beim Händler und legte den Rest zur Seite, um nach Erlangung des angekauften Darlehens dem Geschädigten den vollen Betrag anzuhändigen. Nun fragte dieser aber, da er schließlich auf das Geld wartete, eines Tages direkt beim Postamt nach und so kam zutage, daß Tisch kein Amt mißbraucht hatte. Er wurde verhaftet, die Sparkasse lehnte nun natürlich die Auszahlung des Darlehens ab und damit war die letzte Hoffnung begraben.

Der Angeklagte bekannte sich voll zu seiner Schuld. Er stellte sich heraus, daß er noch drei kleine Beträge unter der gleichen Hoffnung, den Schaden in einigen Tagen gutzumachen, nicht abgeliefert hatte. Auf den Heller aber ist nachzurechnen, daß er den zurückbehaltenen Betrag voll zur Deckung der Schuld bei dem unerbittlichen Kausenhandler verwendet hat. 4500 K, die er beiseite gelegt hatte, hatte er dem Geschädigten anbezahlt; der Schaden beträgt somit 2021 K. Da er bei der Übernahme seines Postens ein Gelddiener abgelegt hat, gilt er als öffentliches Organ und die Sache kam als Mißbrauch der Amtsgewalt vor die Geschworenen. Diese bejahten nach dem eindringlichen Plädoyer des Verteidigers Dr. Pokita die Schuldfrage mit elf Stimmen und bestimmten lediglich die Milderheit und Unschuldigkeitsfrage der Motive. Der Gerichtshof erkannte hierauf auf sieben Monate Kerker verurteilt.

Und da nun — blickend gesprochen — der Kleine Tisch gebängt ist, steht auf das Schicksal der großen begierig.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ende der Aussperrung in Abergtham und Bärzingen.

Der Lohnkonflikt der Lederarbeiter und Handschuhmacher im oberen Erzgebirge mit gutem Erfolg abgeschlossen.

Nach fast viermonatlichem Ringen, nach einem schweren und harten Kampfe, bei welchem es sich nicht der Abwehr eines scharfen Angriffes der Unternehmer auf die bestehenden Tariflöhne, um das Sein oder Nichtsein der Organisation der Lederarbeiter handelte, konnte nach neunwöchiger Verhandlungsdauer am 19. April die Aussperrung der Lederarbeiter in Abergtham und Bärzingen mit einem großen moralischen Erfolg für die Arbeiter und die Gewerkschaft beendet werden. Die Lederfabrikanten, die schon am 9. Jänner sämtliche Jurisdiktionen gekündigt hatten, um sie durch Arbeitslosigkeit für einen Lohnabbau bis zu 35 Prozent gezwungen zu machen, mußten sich durch den Anschluß aller Lederarbeiter an die freie Gewerkschaft und durch die enge Solidarität der Jurisdiktion, schon nach einigen Tagen zu Verhandlungen mit der Gewerkschaft herbeilassen. Sie mußten in der ersten Phase ihres Angriffes auf die Lebenshaltung der Arbeiter den Rückzug antreten, mußten die Kündigung vorbehaltlos zurücknehmen, und die alten Tariflöhne bis zur Kündigung, beziehungsweise Ablauf der Kündigung des alten Tarifvertrages, weiter zahlen.

Was die Unternehmer bei ihrem ersten Versuch nicht erreichen konnten, erhofften sie nun bestimmt, bei dem zweiten Ansturm, nämlich durch die Aussperrung durchzusetzen. Wegen geringfügiger Differenzen wurden ungefähr 150 Lederjurisdiktionen ausgesperrt. Man hoffte durch den Hunger auf der einen Seite und die Uneinigkeit der Arbeiter auf der anderen zum Ziele, das heißt zur Kapitulation der Arbeiter zu gelangen. Weder das eine noch das andere trat ein, im Gegenteil, als durch die Aussperrung der Lederjurisdiktion schon mehr als zwei Drittel der Handschuhmacher und Handschuhmacherinnen arbeitslos geworden waren und als man mittlerweile auch bei den Handschuhmachern den Tarifvertrag kündigte und auch hier

einen mehr als 20prozentigen Lohnabbau forderte, erklärten sich die Handschuhmacher und -Macherinnen mit den ausgesperrten Lederarbeitern solidarisch. Sie erklärten den Unternehmern, nicht früher zu Verhandlungen zu erscheinen, bevor nicht die Aussperrung der Jurisdiktion durch neue Verhandlungen und den Abschluß eines Tarifvertrages für die Lederarbeiter beigelegt ist. Der wichtigsten Solidaritätskundgebung der gesamten Arbeiterschaft einer so nennenswerten Exportindustrie, wie es unsere Handschuhindustrie in den letzten Jahren geworden ist, den ausgesperrten Lederjurisdiktionen gegenüber konnten sich die Lederfabrikanten nicht verschließen. Unter dem Druck und dem Einfluß der Handschuhfabrikanten mußten sich die Lederfabrikanten bereit erklären, mit den Jurisdiktionen in Verhandlungen zu treten, und endigten diese mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages für die Lederarbeiter. Die Unternehmer, die ausgezogen waren, um die Löhne von 20 bis 35 Prozent zu kürzen, wurden eines Besseren belehrt. Im neuen Vertrage bleiben die Löhne für Gerber, Lederfärber und Hilfsarbeiter so wie bisher. Die Löhne der Jurisdiktion wurden neu geregelt. Sämtliche vor der Aussperrung beschäftigten Arbeiter müssen wieder eingestellt werden. Maßregelungen dürfen keine erfolgen.

Im Anschluß an die Lohnverhandlungen der Lederarbeiter fanden am 22. April die Verhandlungen für die Handschuhmacher statt. Nach fast sechswöchiger Dauer konnte auch hier ein neuer Vertrag mit einem Abbau der Grundlöhne um 7 Prozent abgeschlossen werden. Sämtliche, im alten Vertrage behandelnden Zuschläge bleiben so wie bisher in Kraft.

Damit ist der Lohnkonflikt in der Leder- und Handschuhindustrie beigelegt. Die Arbeit konnte am 25. April wieder aufgenommen werden. Die Lederjurisdiktionen haben diesen schweren und verantwortungsvollen Kampf in musterwürdiger Weise geführt. Durch die mächtige und in den früheren Lohnkämpfen der Nachkriegsjahre nie zuvor in diesem Ausmaße zum Ausdruck gebrachte Solidarität der Handschuhmacher wurde das Ziel erreicht, der Angriff der Unternehmer, der die Vernichtung der bisherigen Lebensbedingungen zur Folge gehabt hätte, abgewehrt.

Nicht aus Liebe zur Bühne...

Von W. Machácel.

Rein, nicht aus Liebe zur Bühne wollte ich Schauspieler werden, sondern aus Liebe zur schönen — ach, so schönen — blonden Emma Starck. Ich war damals — bitte, nicht lächeln, es war mir erst — 17 1/2 Jahre, wie es eben einem zwölfsährigen Jungen in so einer Augenleiste erst sein kann. Daß ich mich damals nicht mit Selbstmordgedanken getragen habe, war alles; denn die Liebe blieb unerwidert. Doch ich will nicht vorgreifen.

Emma Starck war die jugendliche Direktorin — wenigstens war sie in meinen Augen jung — einer Wandertruppe von Schauspielern, die sich im Spätherbst 1902 im Gasthaus „Zum Kaiser von Oesterreich“ in Oberleutensdorf für ein mehrwöchiges Gastspiel einquartierten. Soweit ich mich erinnern kann, spielte die Truppe dreibis viermal in der Woche und Sonntags gaben sie zwei Vorstellungen. Abends für Erwachsene und Nachmittags für Kinder. Oh, war das wunderbar! Die Kinderdarstellungen nämlich. All die wunderschönen Märchen — Dornröschen, Schneewittchen, Das Zauberloch in Arabien, Sieben auf einem Schlag, Robinson usw. usw. — entstanden plötzlich vor den staunenden Augen aller der Kinder, die den ziemlich großen Saal füllten, um all die glitzernde und glimmernde „Samt-, Seide-, Gold- und Edelstein“-Pracht an sich vorüberziehen zu lassen. Kinder sehen ja nicht die meistens jämmerliche Garderobe armer Schauspieler, die sich hungrig durch's Leben schlagen müssen. Sie erschauerten freudig im Anblick der Heldin des jeweiligen Märchenstückes, die immer von der schönen, herrlichen, goldigen Emma Starck dargestellt wurde. Wie zartens wir Kinder den bösen Königinnen, die das Schneewittchen, das arme Weidenbüdel so häßlich behandelten und wie jubelten wir, wenn der Märchenheldin zum Schluß doch wieder Gerechtigkeit widerfuhr und sie von irgendeinem wunderschönen Prinzen geheiratet wurde. Alles war begeistert von den Märchenpielen — u. u. n. n. für uns Kinder war das kein Spiel, sondern nur Wirklichkeit. Sollte es nur einer wagen, darüber zu lächeln, der wäre „erledigt“ gewesen. Aber unter den diese Märchenvorstellungen besuchenden Kindern war niemand, der darüber gelächelt hätte. Höchstwahrscheinlich kam das daher, weil die goldige Emma uns Kinder ernst nahm. Sie selbst muß wohl auch noch mehr Kind gewesen sein. Ihr Mann — der Direktor — sah wenigstens so aus, als wenn er ihr Vater oder gar Großvater gewesen wäre. Er hatte ganz graue Haare. Einmal hatte mich mein um zwanzig Jahre älterer Bruder in eine Abendvorstellung reinzuschmuggelt. Es wurde Maria Stuart gegeben, aber in diesem Stück hat mir die Emma kein bißchen gefallen. Sicherlich, weil die Geschichte ein so trauriges Ende nimmt. In den Kinderdarstellungen leuchteten der Emma die Augen ganz anders. Sie spielte wirklich für uns. Die Kinder waren ihr auch dankbar und besonders wir Jungen, wir waren ganz begeistert von ihr. Und ich — ja, ja, ich „verliebte“ mich in die blonde Emma. Ob auch andere Jungen in die schöne Direktorin verliebt waren, weiß ich nicht, aber das ist selbstverständlich. Ich aber „sah und hörte“ nichts als Emma Starck.

An schulfreien Nachmittagen lungerte ich stundenlang am Gasthaus „Zum Kaiser von Oesterreich“ herum. Natürlich bekam ich die Emma nur sehr selten zu sehen. Mein traf ich sie überhaupt nie. Stets ging sie nur in Begleitung einiger Kollegen in die Stadt, aber ganz bestimmt nie ohne einen großen braunledernen Schuhschuh. Der in den Händen immer die Feinspieler spielte. Diesen „Prinzen“ habe ich bald, hauptsächlich deswegen, weil er mich, als ich wieder einmal hinter ihnen herhüpfte, forsjagte mit den Worten:

„Machst du wohl, daß du fortkommst, du Lauseigel. So ein verdammter Beemaß (Böhmak, eine Anspielung auf mein tschechisches Aussehen) —“

Kergerlich wandte er sich der Emma wieder zu, die dieses, für mich so „deprimierende“ Zwischenspiel gar nicht zu bemerken schien. Oh, Emma — gar das weh getan. Betrübte ging ich noch heute. Aber am nächsten schulfreien Nachmittage war ich wieder da am Gasthaus. Aber Emma kam nicht. Beim Hin- und Herschlendern blieb ich auch vor der Programmtafel stehen, auf welcher eine Voranzeige für die am nächstfolgenden Sonntag stattfindende Kinderdarstellung, „Schneewittchen“ wurde gegeben. Schon wollte ich wieder weitergehen, als mein Blick auf einem unter das Plakat mit Blaukreide geschriebenen Satz fiel:

Für das am Sonntag stattfindende Märchenstück suchen wir sieben Knaben im Alter von 10—12 Jahren als Statisten. Zu melden bei der Direktion am Freitag nachmittags 4 Uhr.“

Was hieß hier „suchen“. Am Freitag nachmittags waren schon lange vor 4 Uhr wohl an die 50 Knaben im Alter von 10—12 Jahren vor dem Gasthof. Auch ich befand mich natürlich darunter. Alle „Debattierten“ durcheinander, die wunderbarsten Ansichten wurden laut über die Bezeichnung Statist, bis ein besonders aufgeweckter Junge lang und breit erklärte, daß Statisten Schauspieler seien, die nicht sprechen, sondern nur sooo mitspielen. Hier, bei diesem Märchenstück handelte es sich um die sieben Jünger — er, der Berichterstatter, wisse das ganz genau von dem Jungen, der vom Hode-Vater die Semmeln noch der Emma bringe. Gegen fünf Uhr wurden wir dann endlich vorgelassen, d. h. nur etwa zwanzig Jungen, aus denen dann die engere Wahl vorgenommen wurde. Hierbei gab es beinahe eine Prügelei, die der „Prinz“ mit einigen „Dimmi-fakmenten“ verhinderte. Wie war ich glücklich, daß ich unter den „Ausgewählten“ war. Aber an dem Tag bekamen wir die Emma nicht zu sehen; er, ihr Mann, suchte aus. Nach einer Viertelstunde wurden wir entlassen, mit dem Bescheid, am Sonntag Vormittag wiederzukommen, zur „Probe“.

Auf dem Heimweg wollte ich mir schon aus, wie ich „aufzutreten“ würde. Ich sah mich schon als Schauspieler. Und — oh, welches Glück! — mit der Emma, natürlich. Mein Gott, war die Zeit lang bis Sonntag. Ich war ganz „weg“ vor Glück. Selbstverständlich „stand es für mich fest“, daß ich einmal Schauspieler wurde. Ich hatte doch Talent! Der alte Direktor mußte das doch wissen. Meine Mutter, der ich mich anvertraute, meinte geringfügig etwas von:

VERLANGET UEBERALL



„Kontadanten“ und so. Gott, die arme Frau hatte andere Sorgen. Mein Vater lag im Krankenhaus, mit einem gebrochenen Bein. Er arbeitete damals in einem Ziegeubrunn, wo ihm eines Tages beim Sprengen des Beins zerschmetterte wurde. Obwohl mich der Mangel an Jute eine meiner Mutter etwas krankte, machte ich mir weiter nichts draus. Ich freute mich auf mein „Debüt“. Allerdings nicht ohne Herzschöpfen, was man in Jochföhren bekanntlich Kampensieber nennt.

Pünktlich zur festgesetzten Zeit waren wir die sieben Ausgewählten, hinter der Bühne, wo es nach allem anderen nur nicht nach Romantik auslief. Allerhand Gerümpel und Garderobestücke lagen herum. Aber doch interessant für uns Jungens. Und — was für mich die Hauptsache war — die Emma „unter uns“. Boretit kümmerte sie sich nicht um uns. Sie schien mir ein Gesicht zu machen, wie meine große verheiratete Schwester, wenn sie mit ihrem Mann Arbeit hatte. Aber dann bemerkte sie uns doch, streckte dem einen oder dem anderen die Wade. Demwel dem'nal, mir — mir — nicht. Ich plagte fast vor Eifersucht. Aber es sollte noch Schrecklicher kommen. Bei der Probe sah ich nämlich nicht auf. Ich war nicht „bei der Sache“, sondern starzte die Emma immer nur an. Die liebe Emma machte aber kein großes Gefasel mit mir. Nachdem ich die Geschichte zwei, dreimal verpackte, jagte sie mich heraus und holte sich einen anderen Jungen, deren vor dem Gasthaus eine ganze Anzahl warteten; wie es mir schien, warteten sie schon darauf, daß der eine oder der andere die Probe nicht besteht. Ich war wie aus dem Himmel gefallen. Aus was es mit allen Luftlöchern. In hart war der „Kerfack“. Während und schwügend zugleich ging ich nach Hause.

Erst war ich verärgert, der Emma „Nacht zu schwören“. Aber ehe ich zu Hause ankam, war ich wieder mit ihr „versöhnt“. Nach dem Mittageffen war ich schon wieder am Heberiegen. Wo ich die fünf Kreuzer Eintrittsgeld für die Nachmittagsvorstellung hernehmen sollte. Das war nicht so einfach. Bei der Mutter war trotz allem Draufgänger meinerseits nichts zu erreichen, weil sie wirklich keinen roten Heller hatte. Der Vater, der im Krankenhaus lag, verdiente ja nichts. Und das wenige Krankenlohn langte nicht hin und nicht her. Wie ich wußte, war das „Schneewittchen“ die letzte Abendvorstellung, die die Truppe der Emma Starck in Oberleutensdorf gab. Und die sollte ich nicht mitmachen? Da kam mir ein Einfall. Ohne etwas verlangen zu lassen, ging ich zu meiner Schwägerin — der Bruder war nicht zu Hause — die ungeladene zwanzig Minuten von uns entfernt wohnte. Gleich nachdem ich gekniffelt hatte, sagte ich ganz „atemlos“ — als ob ich es eilig gehabt hätte (d. h. ich schon, aber zur Vorstellung, die schon um 4 Uhr begann) —

„Marie, Sie soll'n so gut sein — und der Mutter fünf Kreuzer — schicken. Unser Schwieger will nicht freieren. Da soll ich Gauderfals kaufen —“

„Ja, aber — darauf die Marie —“

„Seht, ich — — geh' hinten rum — in 'ne Drogerie —“

Und — oh ja, was heißt Gewissensbisse.

Marie gab mir die fünf Kreuzer und ich ging ins Theater, zu „meiner“ — trotzdem — Emma. Und ich war auch wieder versöhnt mit ihr. Ich jurnte der bösen Königin, die dem wunderschönen Schneewittchen den vergifteten Apfel gab, und jubelte, als es von dem schönen Prinzen wieder befreit wurde. Und ganz besonders habelte ich mit den andern, als nach dem letzten Akt Schneewittchen-Emma vor die Kammer trat und mit lächelndem Gesicht von uns Kindern Abschied nahm. Natürlich meinte ich wahrzunehmen, daß die schöne Emma ganz besonders zu „mir“ sprach. Als „Entschädigung“. Für das mir wiedererlebte „Unrecht“. Ganz benommen ging ich nach Hause, nicht ohne mir Emma im Herzen mitzunehmen. Aber Schauspieler wollte ich nicht mehr werden. Die erste und letzte mißgünstige Probe „brachte mich ab“ von der Bühnenlaufbahn.

Halt, noch einmal wollte ich es versuchen. Da war ich schon Anhang der Zwanziger. In einem Verein, wo man so dann und wann dem sogenannten „Lakenpiel“ huldigte. Aus Mangel an „geeigneten“ Mitspielern bot mir der „Regisseur“ — drängelte vielmehr — eine „Rolle“ an. Ich sollte in irgendeinem „Luststück“ einen Dorfpolizisten (recht unfüg) darstellen. Aber bei der zweiten Probe erklärte mich der Regisseur als ungeeignet. Statt unfüg wirkte ich ernst. Ich ließ es für immer bleiben.

